

## III Kontext: Die historische Perspektive

---

Die Kontextanalyse, der erste Schritt des Analyserasters, gibt einen Überblick über die Entwicklung der beiden Staaten seit der Unabhängigkeit und die Bedingungen für die heutige Formation. Welche sozialstrukturellen Entwicklungen und wesentlichen gesellschaftliche Kräfte gab es über die Zeit und welche politischen Projekte sind identifizierbar? Welche grundlegenden Faktoren für staatliche Herrschaft in Mexiko und Kolumbien, welche Brüche können wir feststellen? Obwohl die intersektionale Sozialstrukturanalyse hier kursorisch bleibt, nimmt dieses Kapitel Besonderheiten der Konstitution und Entwicklung des Staates in den Blick und skizziert Gesellschaftsstrukturen, Wirtschaftsstruktur und Weltmarktintegration, die jeweils unterschiedliche Kontexte für die aktuelle Analyse von Un-/Sicherheit bilden. Nur mit diesem Kontextwissen lässt sich von spezifischen Kräftekonstellationen auf deren Vermittlung in die Staatsapparate schließen.

### III.1 KLEINE SOZIO-POLITISCHE GESCHICHTE KOLUMBIENS: Konstitutionsbedingungen für Staatlichkeit und politische Kontinuitäten

#### III.1.1 Politische Projekte in der *sociedad abigarrada*

Neu-Granada gewann die letzte Schlacht um die Unabhängigkeit von der spanischen Krone erst 1819 (dennoch wurde das Jahr 2010 offiziell als 200-jähriges Jubiläum der Unabhängigkeit gefeiert). Die spanische Kolonialherrschaft hinterließ – wie in großen Teilen des Kontinents – in ihrem Inneren fragmentierte, regional und lokal verankerte „Oligarchien“, an die während des Kolonialismus Macht delegiert worden war und die eine relative Autonomie genossen (González et al. 2003: 266). Subalterne, indigene, bäuerliche Bevölkerungsgruppen waren an den Unabhängigkeitskämpfen kaum beteiligt (König 1997: 112). In den Jahren nach der Unabhängigkeit, so Palacios (1986: 108), verhärteten sich die ländlichen Herrschaftsstruktu-

ren noch. Die Familie etablierte sich mit einer zentralen Rolle in der Produktion als Paradigma gesellschaftlicher Ordnung (vgl. Uribe Hincapié 2001: 101). Sehr wohl gingen aus den Unabhängigkeitskämpfen aber modifizierte Sozialstrukturen hervor (ebd.: 82f.); über Militär, Handel und Schmuggel stiegen einige Sektoren auf, andere *criollos* erlebten mit dem Krieg einen Abstieg. Afrokolumbianische Sklaven erlangten in einigen Regionen die Freiheit, während sich in anderen Regionen wie dem Cauca ethnische Spaltungen noch verschärften. Die Ablehnung, freie Arbeitskräfte zu bezahlen, zieht sich bis ins 20. Jahrhundert: Nicht nur der Widerstand vonseiten der Minen- und Landbesitzer gegen die Abschaffung der Sklaverei ab 1821 zeigt dies. „[R]acially configured class antagonism and violence continued a central feature:“ (Safford/Palacios 2003: 180ff.).<sup>1</sup> Die herrschenden Klassen, vor allem mächtige landbesitzende Fraktionen unterminierten zentral gefällte Entscheidungen immer wieder, suchten sie zu beeinflussen oder zu bekämpfen, wenn sie ihre Interessen durch diese bedroht sahen: „these groups were and remained sceptical of the state's capability and willingness to protect their class interests.“ (Richani 2007: 406). Gleichwohl wurde keine Fraktion tatsächlich für längere Zeit hegemonial, sie blieben eher regional fragmentiert.<sup>2</sup> Richani (ebd.: 404) stellt ein „endemisches Hegemonieproblem“ fest. Auch Palacios (1986: 91) betont im Sinne eines *poulantzas'* schen Hegemonieverständnisses:

„Während des ganzen 19. Jahrhunderts war die regionale Fragmentierung der Macht nichts als der bloße und sichtbarste Ausdruck der Abwesenheit einer echten hegemonialen Klasse, die fähig gewesen wäre, die Nation politisch zu einen und – durch Repräsentation – die restlichen Fraktionen der herrschenden Klasse in einen modernen und einheitlichen Staat zu integrieren.“

- 1 Besonders im Cauca, wo Afrokolumbianer/-innen 10 % der Bevölkerung ausmachten, gab es noch 1840 heftige Konflikte um die Sklaverei; beispielsweise konnten „weiße Immigranten“ aus Antioquia im Cauca leichter Landtitel erwerben als die afrocaucanische Bevölkerung (Safford/Palacios 2003: 178, 183).
- 2 Uribe (2001: 83) differenziert die unterschiedlichen *terratenientes*, da diese gerade nicht als Klassenfraktion mit denselben Interessen auftraten: Ein Grundbesitzer der Atlantikküste, der für den Export produzierte, war nicht mit einem aus dem Cauca, der für die umliegenden Märkte anbaute oder mit einem Großgrundbesitzer mit Besitztiteln über immense Flächen in Antioquia gleichzusetzen, der eher an der Kontrolle von Goldvorkommen und der Inwertsetzung über kontrollierte Besiedlung, Straßenbau und Häfen interessiert war. Die Tabakexporteure Cundinamarca und Boyacá nahe der Hauptstadt Bogotá traten mit ihrem „Modernisierungs“-Projekt der landbesitzenden katholischen Kirche und der Kolonialmacht entgegen und für einen säkularen „liberalen“ Staat ein, während dies für die Konservativen im Handels- und Finanzzentrum Antioquia unnötig war: Dort war die spanische Krone ohnehin nur als administrative Hülle in Erscheinung getreten; Mestizen saßen schon in den Gemeinderäten.

Bereits um 1849 entstand das bis ca. 2000 dominierende Zweiparteiensystem mit der Konservativen Partei (*partido conservador*) und der Liberalen Partei (*partido liberal*) (vgl. Uribe Hincapié 2001: 88f.), deren gewaltförmige Konflikte nicht auf wesentlichen ökonomischen Differenzen, als vielmehr auf regional unterschiedlichen Legitimationsprozessen und fragmentierten Fraktionen der herrschenden Klassen basierten. So fiel die Macht des Zentralstaats in allen Regionen mit der Hegemonie einer der Parteien (oder mit der Teilung der Macht durch beide Parteien) zusammen (vgl. ebd.: 93; González et al. 2003: 267ff.). Es war nicht Priorität der kretolischen ‚Oligarchie‘, einen demokratisch legitimierten Staat aufzubauen; für sie bedeutete die Konsolidierung des Zentralstaates eher eine administrative Stärkung (vgl. König 1997: 111).

Die tatsächlichen gesellschaftlichen Gegensätze überbrückte sie nicht, denn die komplexe Aufgabe, ein hegemoniales, gesamtgesellschaftliches Projekt zu etablieren, fand „keinen einheitlichen Raum“, in dem sie politisch hätte gelöst werden können, so fast Uribe (2001: 81) Zavaletas Begriff der *sociedad abigarrada* für Kolumbien. Stattdessen präsentierten die unterschiedlichen Gesellschaftssegmente „sehr große Unterschiede in der Herangehensweise an ökonomische Produktion, in ihren kollektiven Vorstellungswelten“, ethnischen Bezugspunkten und Herrschaftsverhältnissen, die von „Dispositiven geprägt waren, die nichts miteinander gemein hatten“ (ebd.: 82).<sup>3</sup> Das von den Liberalen, aber mit Stimmen der Konservativen ab 1850 durchgesetzte Freihandelsparadigma verstärkte die regionale Fragmentierung noch: Fraktionen einer entstehenden herrschenden Klasse – gerade die Konservativen aus Antioquia und die Radikalliberalen aus Cundinamarca – fanden laut Uribe (2001: 85f.) eben in der Föderation – und nicht in der Stärkung einer Zentralgewalt – ihren Kompromiss und ein gemeinsames Projekt.<sup>4</sup>

---

3 Denn „die koloniale Herrschaft führte nicht zu einer gemeinsamen Geschichte, sondern zu unterschiedlich erlebten geschichtlichen Prozessen. Auf deren Basis hatten sich zum Zeitpunkt des Unabhängigkeitskriegs künstlich verknüpfte regionale Realitäten entwickelt, die aber ganz verschieden waren in ihrer spezifischen Art wirtschaftliches Eigentum auszuüben (also Macht). So gab es objektiv Schwierigkeiten, ein nationales politisches Projekt aufzubauen“ (Uribe Hincapié 2001: 82).

4 So griff der Staat kaum in die Wirtschaft ein, garantierte aber, dass Arbeitskräfte vorhanden waren und verlieh diesem System eine Zeitlang Kohäsion und Legitimität (Palacios 1986: 133). Die Kolonialinstitutionen wurden bis dahin nur leicht modifiziert. Jeder der Staaten der Föderation hatte zu dieser Zeit ein eigenes Wahlsystem, eine eigene Währung und eigene bewaffnete Kräfte, die Entscheidungen der Zentralregierung militärisch anfechten konnten; ab 1853 wählten die Regionalgouverneure den Präsidenten auf 2 Jahre. Private Milizen waren ab 1854 erlaubt, während ein Gesetz von 1867 dem Zentralstaat verbot, in regionale bewaffnete Konflikte einzugreifen (Palacios 1986: 119).

Die dem Freihandelsprojekt inhärenten Probleme (geringe Diversifizierung, fehlende interne Infrastruktur, Ungleichgewichte) ermöglichten 1886 letztlich dennoch die Unterordnung der föderalen Staaten unter eine neue Verfassung und Regierung des Konservativen Núñez (*regeneración*). Das Ringen der dominierenden Fraktionen um politische und ökonomische Vorherrschaft, die immer mit der schwankenden Nachfrage nach kolumbianischen Produkten auf dem Weltmarkt verknüpft war, fand jedoch Ausdruck in mehreren bewaffneten Konflikten – und zwar besonders in den Regionen, die ein Nachfragerückgang jeweils besonders betraf (vgl. Safford/Palacios 2003: 253). Der Krieg der Tausend Tage (1899-1901) war besonders heftiger Ausdruck dieses Ringens; erst danach etablierte sich eine „konservative Hegemonie“ mit stärkerer (fiskalischer) Vereinheitlichung und Zentralisierung der Apparate.

Die ersten Anzeichen einer „Arbeiterklasse“ – soweit von einer solchen in diesem Kontext die Rede sein kann – konnten wie in anderen lateinamerikanischen Ländern in den 1920er Jahren „im Gefolge der beginnenden Industrialisierung, der Infrastrukturmaßnahmen im Bau- und Verkehrswesen sowie durch die Ausbeutung von Erdöl und den Anbau von Bananen in den ausländischen Enklaven“ (König 1997: 123) ausgemacht werden. Die politische Exklusion der unverbundenen Segmente der *sociedad abigarrada* trug erheblich dazu bei, dass Mitte der 1920er Jahre die teilweise neu gegründeten Gewerkschaften eine Welle von Streiks und ländlichen Protesten lostraten.<sup>5</sup> Doch erst die „Liberale Republik“ (1930-48) bezeichnet etwa Richani (2002: 23) in Zusammenhang mit dem Programm „*Revolución en Marcha*“ (etwa „die Revolution im Gange“) als kurze Phase relativer staatlicher Autonomie gegenüber den ländlichen herrschenden Klassen.<sup>6</sup> Präsident López Pumarejo (1934-38) unternahm mit Unterstützung bäuerlicher Bewegungen und Gewerkschaften einen ernstzunehmenden Versuch einer Agrarreform.<sup>7</sup> Sowohl bei Teilen der Liberalen wie bei der Konservativen

- 5 1928 endete ein Streik bei der US-amerikanischen Bananenproduzentin United Fruit Company (später *Chiquita Brands*) mit einem Massaker, das bei Gabriel García Márquez Eingang in die Literatur fand. Die Enklaven betrieben bereits damals mit 25.000 Arbeiter/-innen, was heute als *outsourcing* bekannt ist (Safford/Palacios 2003: 281f.).
- 6 Zwar blieb die „*Revolución en Marcha*“ dem ökonomischen Liberalismus verpflichtet, brach aber mit Repräsentations- und Partizipationsbeschränkungen (vgl. Pécaut 2001: 133ff.): Ab 1936 galt universelles Wahlrecht. Versuche, laizistische Schulbildung und arbeitsrechtliche Garantien einzuführen, stießen auf gewaltsamen Widerstand der Konservativen und der Kirche (Gutiérrez Sanín et al. 2007: 9).
- 7 Das Agrargesetz Ley 200 von 1936 sollte vor allem Landbesitzer dazu bringen, ihr Land tatsächlich zu bebauen und die prekäre Situation der kleinbäuerlichen Siedler zu verbessern, so dass von diesen urbar gemachtes – formal staatliches – Land ihnen auch formalrechtlich zugesprochen werden sollte. Es sollte für Großgrundbesitzer nicht mehr so einfach möglich sein, sich dieses Land anzueignen.

Partei löste das Vorhaben Entsetzen aus (ebd.: 10; Pécaut 2001: 71), was einmal mehr zeigt, dass in der Zusammensetzung der beiden Parteien jeweils ähnliche Sektoren dominierten. Pécaut (2001: 134) geht so weit, von einem „Mythos“ um das „Zusammentreffen zwischen der nationalen Bourgeoisie und den popularen Klassenfraktionen unter Schirmherrschaft des Staates“ zu sprechen, der allerdings die „oligarchische Ordnung“ nicht aufgehoben, ihr nur ein eigenes *imaginario* nebenangestellt habe. Freilich blieben auch in Bezug auf progressive Bewegungen die Unterschiede zwischen Stadt und Land auffallend. Die relative Schwäche der Bewegungen hat aber gerade mit der geringen staatlichen Regulationstätigkeit zu tun, mit der geringen Intervention des Staates in die Wirtschaft, die repressive Produktionsregime nicht antastete, und mit der territorialen Fragmentierung. Pécaut (2001: 60) betont, dass ‚Handelsbourgeoisie‘ und *Hacienda*-Modell eine Symbiose bilden konnten: in den 1930er Jahren „gab es keinen Industriellen, Handelsunternehmer oder Politiker, der nicht zugleich Grundbesitzer gewesen wäre“, und letztlich konnte sich das Projekt López Pumarejos nicht durchsetzen.

Mitte der 1940er Jahre wurde der Liberale Jorge Eliécer Gaitán für linksgerichtete, subalterne Kräfte und Teile der Liberalen Partei zum Symbol der Möglichkeit, Gewaltverhältnisse auf dem Land und die exklusive „strukturelle Selektivität“ des Staates aufzubrechen. Nach dem Mord an Gaitán am 9. April 1948 (vgl. Pécaut 2001: 166f.; Fals Borda 2009a: 156f.) antworteten staatliche Stellen auf Massenproteste mit extremer Repression. Im Verlauf der folgenden als *La violencia* („Die Gewalt“) bekannten Phase wurden etwa 200.000 Menschen ermordet (Gutiérrez Sanín et al. 2007: 12; vgl. Fals Borda 2009b). Als Ursachen werden häufig Spannungen zwischen Konservativen und Liberalen genannt (vgl. Jäger et al. 2007). Doch meist war Gewalt das Mittel im Ringen um die Nutzung von Land und die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit und richtete sich gegen organisierte Bauern und Arbeiter auf Kaffeehaciendas und in Bananenenklaven (González et al. 2003: 283; Safford/Palacios 2003: 350; Uribe Hincapié 2001: 111). So ist die *violencia* mit Richani (2002: 23) eher „logisches Ergebnis der sozio-politischen Krise und der Unfähigkeit des vorherrschenden institutionellen Arrangements, diese einzuhegen“. In der *violencia* mündeten also Widersprüche und Polarisierungen sowohl innerhalb der herrschenden Klassen als auch zwischen diesen und subalternen Sektoren (ebd.: 23). Gutiérrez et al. (2007: 11) bezeichnen die Formen, die die Repression auf dem Land annahm, als regelrechten Genozid. Gegen die Repression bildeten sich ländliche Guerillas besonders in den spärlich besiedelten südöstlichen Ebenen, die unabhängig von der Liberalen Partei agierten, aber auch den Kampf um Land der „unabhängigen“, praktisch autarken Bauernrepubliken in schwer zugänglichen Gebieten des Sumapaz in der Nähe Bogotá mittrugen (Richani 2002: 68). Angesichts der rigiden Sozialstruktur und des Versuches der Regierung, „die Präferenzen wenigstens der Hälfte der Bevölkerung durch Zwang zu verändern“ (Gutiérrez Sanín et al. 2007: 14; vgl. Safford/Palacios 2003: 349f.), bekamen sie Unterstüt-

zung in der Zivilbevölkerung. Die Eigentumsverhältnisse nach der *violencia* sind Ausdruck der Interessenkonvergenz der Grundbesitzer mit agrarindustriellen Akteuren und großen Kaffeeproduzenten. Jene waren in der Lage sich durchzusetzen – mit weiterhin repressiven Arbeitsregimen (Richani 2002: 22; vgl. Safford/Palacios 2003:296).

Der „Putsch“ des Generals Rojas Pinilla 1953 in Reaktion auf die gewaltvolle Phase geschah in Absprache mit den beiden Parteiführungen, und freilich fanden die verschiedenen Fraktionen der herrschenden Klassen, als die Militärregierung Anzeichen eines von den beiden Parteien unabhängigen Regierungsprojekts zeigte, einen anderen Konsens. Sie setzten die Militärs nach kurzer Regierungsphase 1958 wieder ab und bildeten die *Frente Nacional* (Nationale Front), einen Zusammenschluss aus Liberaler und Konservativer Partei, der bis 1974 bestehen sollte.<sup>8</sup> Dieser Zusammenschluss von Konservativer und Liberaler Partei verregelte erneut Spannungen zwischen den unterschiedlichen herrschenden Fraktionen; deren Einigung machte größere Zugeständnisse an subalterne Gruppen weniger zwingend (vgl. Archila Neira 2012: 80f.).

Die gewaltige Urbanisierung setzte sich fort: Allein zwischen 1971 und 1985 wanderten etwa 4 Mio. *campesinos* in die Städte ab (Reyes Posada 1997: 185). Noch immer prägte eine katholisch-religiöse Basis die Gesellschaft, doch es gelang den unternehmerischen Fraktionen nicht, in urbanen und industriellen Räumen bei den sich entwickelnden städtischen Mittelschichten dieselben Kontrollmechanismen und Symbolik des Zweiparteiensystems wie in der „alten Gesellschaft“ zu reproduzieren (Uribe Hincapié 2001: 118; vgl. González et al. 2003: 316; Pécaut 2006: 315; Safford/Palacios 2003: 330ff.).<sup>9</sup> Bereits zu dieser Zeit begünstigten die Weltbank und die paritätische Besetzung der *Frente Nacional* den Einsatz technokratischen Personals in staatlichen Apparaten: Unabhängig davon, wer gerade das Präsidentenamt ausfüllte, festigten sich seit den 1960er Jahren das Departamento Nacional de Planeación, die Junta Monetaria und der Consejo Nacional de Política Económica y Social (CONPES) als Entscheidungszentren für die Wirtschaftspolitik (vgl. López Restrepo 2004: 15).

---

8 Jede Partei stellte abwechselnd einen Präsidentschaftskandidaten, dem die andere Partei zustimmen musste. Ministerposten teilten die beiden Parteien auf. Gesetze benötigten eine Zweidrittelmehrheit im Parlament, in dem die Konservativen und Liberalen mit jeweils gleicher Anzahl an Sitzen vertreten waren.

9 Die Wahlen von 1970 endeten beispielsweise mit dem Abbruch der Radioübertragungen, als sich herauskristallisierte, dass möglicherweise nicht der Konservative Pastrana, sondern die von Rojas Pinilla gegründete dritte Partei ANAPO die Wahlen gewinnen würden.

### III.1.2 Wirtschaftsstruktur und Weltmarkteinbindung

Die drei Ausläufer der Anden teilen das Land geographisch, sorgen für enorme klimatische Unterschiede und trugen mit der niedrigsten Bevölkerungsdichte Lateinamerikas zu einer starken regionalen Fragmentierung bei. Dies erschwerte die Herausbildung eines Binnenmarktes im nationalen Maßstab im 19. Jahrhundert schon verkehrstechnisch erheblich (Zinecker 2007: 144; Safford/Palacios 2003: 161ff.). Das unter der Kolonialregierung eingeführte *Hacienda*-System mit Latifundien, abhängigen Bauern und einer kleineren Gruppe freier Bauern prägte das Land (Richani 2002: 13). In den Anden überwogen kleinbäuerliche Minifundien, in den fruchtbaren Ebenen Latifundien; an den Hängen koexistierten beide in problematischer Form (Molano 1992).

Das föderale Freihandelsprojekt ab Mitte des 19. Jahrhunderts hatte negative Auswirkungen, sobald die Preise der Exportprodukte fielen. Die verschwindend geringen Einkünfte des Zentralstaates (vgl. hierzu Safford/Palacios 2003: 227f.) erschwerten den Aufbau eines Eisenbahn- und Straßennetzes. Die Trennung zwischen den einzelnen lokalen Wirtschaftszusammenhängen war enorm: 1890 war es teurer, etwas von Bogotá nach Medellín oder in die Kleinstadt Honda im Hochland zu transportieren, als von Medellín oder Honda nach London (Pécaut 2001: 54). Pécaut (ebd.: 45; vgl. Uribe Hincapié 2001: 88ff.) fasst für das 19. Jahrhundert zusammen, den Rahmen, innerhalb dessen sich ein herrschender Block formierte, bildeten heterogene Machtbeziehungen und eine Vielzahl unterschiedlicher Wirtschaftsregionen, ohne dass es eine handelsorientierte Fraktion mit hegemonialer Bedeutung gegeben hätte.

Die genannte Konservative Hegemonie ab Ende des 19. Jahrhunderts erklärt sich u.a. mit dem fieberhaften Wachstum und Gewicht des Kaffee-Anbaus in der Produktionsstruktur, das auch ein größeres politisches Gewicht industrieller Fraktionen verhinderte. Mit dem Kaffee-Export entstand eine aufsteigende, im Handel tätige Klassenfraktion.<sup>10</sup> Wie zentral sie binnen weniger Jahrzehnte für den Staat wurde (und welche Vorstellungen von Modernität die Regierenden hatten), zeigt ein Interview der Zeitung *El Tiempo* von 1930 mit dem früheren konservativen Präsidenten und Direktor des Branchenverbandes FEDECAFE Mario Ospina Pérez in aller drastischen Schärfe:

„Die Kaffeeindustrie [...] könnte in alle Himmelsrichtungen posaunen: ‚Das fiskalische Gleichgewicht bin ich, denn vom Kaffee-Export hängen die Zolleinnahmen ab, die die Basis unserer Haushalte darstellen; die Außenkredite der Nation und der Departments bin ich, denn

10 Zwischen 1905 und 1909 macht der Kaffee 39 % des Exportwerts aus, zwischen 1923–29 sogar 69 % (Pécaut 2001: 77). Die zu Beginn des 20. Jahrhunderts entstehenden ersten Textilfabriken sind mit der Expansion des Kaffee untrennbar verbunden.

mit den Kaffeeüberweisungen werden die öffentlichen und privaten Außenschulden bedient; die Banco de la República bin ich, denn würden zu einem gegebenen Zeitpunkt die Kaffeeexporte entfallen, ginge die Banco de la República in weniger als drei Monaten bankrott; das gesunde monetäre System oder Basis der Goldkonvertibilität, die Wechselkursstabilität, die Möglichkeit Maschinen, Gleise, wissenschaftliche Bücher, ausländische Lehrer einzuführen, in einem Wort: Die Zivilisation Kolumbiens aus materieller Sicht, die repräsentiere ich, und von mir hängt sie ab.““ (zit. in Pécaut 2001: 203).

Doch parallel dominierte in weiten Teilen die bäuerliche Subsistenzwirtschaft (Palacios 1986: 113), in der marktorientierte Tätigkeit den Lebensunterhalt nur ergänzte. Zugleich stützten sich die Akkumulationsstrategien gerade im Kaffeesektor teilweise auf die kleinere und mittlere Produktion.<sup>11</sup> Wesentlicher Unterschied zum postrevolutionären Mexiko war, dass der *subsuelo* (Unterboden) per Gesetz in einigen Fällen dem Eigner des Bodens gehören konnte, in denen der Staat seine Verfügungsgewalt völlig aufgab. Aus den (Ölförder-)Enklaven flossen kaum Abgaben an den Staat (vgl. König 1997: 105). Der Binnenmarkt blieb durch den Regionalismus der herrschenden Fraktionen segmentiert; die regionale Autarkie blieb bis weit ins 20. Jahrhundert hinein konserviert (Zinecker 2007: 154ff.). Weil unterschiedliche Produkte in unterschiedlichen Regionen bestimmende Wirtschaftssektoren darstellen, spricht Zinecker (ebd.: 139) von „sektoraler Hegemonie“: Kaffee in Quindío oder Risaralda, Öl in Arauca, Kohle in der Guajira, Gold in Bolívar und später Koka im Südosten. Interessanterweise hatte dies, anders als in anderen lateinamerikanischen Ländern mit einer einzigen Metropolregion, die Konsequenz, dass mindestens vier große urbane Zentren entstanden (Bogotá, Medellín, Cali, Barranquilla) (Safford/Palacios 2003: 302). Das Akkumulationsregime ließ eine gewisse Industrialisierung zu, gefährdete aber nie die Interessen exportorientierter ländlicher Sektoren (Kaffee, Bananen, Viehzucht) und stützte sich dann immer wieder auf extensive Akkumulationsstrategien. Es gab kaum europäische Einwanderer, die Basis einer großen Arbeiterbewegung hätten sein und die Kräfteverhältnisse verändern können (González et al. 2003: 294). Die durchgängige Exportorientierung und Konzentration auf Primärgüter sind im Sinne der Regulationstheorie Konstanten der wirtschaftlichen Außenabhängigkeit und Extraversion (Becker et al. 2007; vgl. Zavaletas Konzept der *determinación dependiente* 2009b).

Gerade während der *violencia* der 1950er Jahre etablierte sich ein gewisses Kräftegleichgewicht zwischen *cafeteros* und Industrie.<sup>12</sup> Industrielle wurden nun

11 Nur teilweise waren die Kaffee produzierenden Kleinbauernfamilien aber tatsächlich in den Geldkreislauf integriert; einen großen Teil des Wertes ihrer Produktion eigneten sich Zwischenhändler an (Pécaut 2001: 88).

12 1950 ergriff die kolumbianische Regierung mit der Einführung von Importzöllen erstmals eine ernsthaft protektionistische Maßnahme und handelte damit entgegen dem Handels-



staatlich gefördert – wenn auch nie ganz entschieden – und den *cafeteros* in Zeiten hoher Preise relativ hohe Abgaben auferlegt.<sup>13</sup> Doch die Reproduktion abhängiger Weltmarkteinbindung schrieb den Fokus auf Primärgüterexporte fast durchgehend fest und begrenzte durch die Interessenlagen der Exporteure fiskalpolitische Spielräume stark. So blieb der Binnenmarkt noch deutlicher als in anderen lateinamerikanischen Ländern zweitrangig für die Wirtschaftspolitik: Die fiskalische Basis war nie breit genug, um eine Art Wohlfahrtsstaat zu institutionalisieren. Die Stärke regional verankerter Fraktionen herrschender Klassen zeigt sich allerdings darin, dass sie verhindern konnten, dass der Zentralstaat den Fondo Nacional del Café, der die Steuereinnahmen aus dem Export für Investitionen bündelte, je vollständig kontrolliert hätte (vgl. López Restrepo 2004). Um ein der europäischen Folie entsprechendes Steuermonopol aufbauen zu können, wäre die Kontrolle über diesen und ähnliche „para-fiskalische“ Fonds anderer Branchen notwendig gewesen (Kalmánovitz/López 2004: 24).

Kolumbien hat mit einer Steuerquote von 10 % des BIP eines der schwächsten Steuersysteme Lateinamerikas (Pécaut 2006: 74; González et al. 2003: 255).<sup>14</sup> Einkommenssteuern und Sozialversicherungsbeiträge machten noch Ende der 1990er Jahre unter 10 % der laufenden Einnahmen des Staatshaushaltes aus (Schlichte 2005a: 196). Schmuggel war bereits während des Kolonialismus weit verbreitet, um den Abgaben an den Staat zu entgehen. Heute ist die Toleranz gegenüber Schmuggelware augenfällig: in jeder größeren Stadt gibt es ein Viertel San Andresito, in dem unverzollte elektronische Geräte, Kleidung, Zigaretten verkauft werden (Krauthausen 2013: 311). Bereits Ende der 1970er Jahre gewann der illegale Handel an Bedeutung: Kaffee wurde in der Exportstruktur langsam von Kokain, Öl, nicht-traditionellen Produkten und industrieller *assembly line*-Fertigung abgelöst (Palacios/Safford 2002: 576). Der Kokaanbau wurde zum Ausweg für aus den Tälern des Río Cauca und Magdalena und den Kaffeeanbaugebieten vertriebene kleinbäuerliche Familien und weitete die Agrargrenze in Richtung der Llanos, der Wald-

---

vertrag mit den USA. Dass ausländische Investitionen dennoch keinerlei Barrieren unterworfen sein würden, machte die Regierung immer wieder deutlich (vgl. López Restrepo 2004: 11). Offensichtlich fand parallel mit der politischen Gewalt eine Periode ökonomischen Wachstums statt, und die Fraktionen der herrschenden Klassen in beiden Parteien akkumulierten große Gewinne (vgl. u.a. Fals Borda 2009a: 160).

- 13 Zwischen 1945 - 1979 brachte der Kaffee mehr als die Hälfte der Exportdevisen ein, während der *violencia* sogar mehr als 70 % (López Restrepo 2004: 13). Gerade 1952-54 erlebte der Kaffee-Export einen rechten Boom (*bonanza cafetera*) (vgl. ebd.: 16ff.).
- 14 In den 1970er Jahren ergaben sich gerade 11,5 % der Steuern aus direkten (Einkommens-) Steuern (in Argentinien waren es 20 %). Besonders die Schlüsselsektoren Agrarindustrie und Viehzucht waren Steuervermeider. Sie erzielten 32 % des nationalen Einkommens, trugen aber nur 4 % der Steuerlast bei (Pécaut 2001.: 74).

gebiete des Amazonas und des Orinoco oder Richtung Pazifikküste in den Chocó aus (Fajardo Montaña 2002),<sup>15</sup> vor allem aber federte das aus dem Kokainhandel erwirtschaftete Kapital Volatilitäten der gesamten Wirtschaft ab.

### III.1.3 Der Faktor Land: Kämpfe um den Zugang

Der Faktor Landbesitz ist bis heute zentraler Konfliktstoff. So ist Kolumbiens Geschichte mit Hobsbawm (1983) als Abfolge aufeinander bezogener Prozesse permanenter Landkolonisierung und wiederholter Gewaltzyklen zu interpretieren: Bäuerliche, indigene und afrokolumbianische Bewegungen waren immer wieder massiv Gewaltstrategien unterworfen. Ihr Widerstand blieb häufig ländlich, lokal verankert und eher isoliert (vgl. LeGrand 1992), wie Quijano (2000d) für ganz Lateinamerika beobachtet. Bereits das föderale Freihandelsprojekt wirkte sich ab Mitte des 19. Jahrhunderts massiv auf die Landbesitzstruktur aus; allein die Exportwirtschaft galt als „Entwicklungsmotor“: Galten noch 1850 75 % des kolumbianischen Territoriums in den Anden wie an der Karibikküste als „öffentliches“ Land, begünstigten zentralstaatliche Beschlüsse sowohl die Ausweitung der Agrargrenze in Richtung Tiefland und in die Grenzregionen als auch die Aneignung der Titel über die Parzellen kleiner Siedler: Nach kolumbianischem Gesetz konnte man offizielle Landtitel nur erhalten, wenn ein Gutachter die Parzelle bewertet hatte. Für Parzellen unter 50 Ha überstiegen die Kosten des Gutachters allgemein den Wert des Landes, so dass Kleinbauern ihren Besitz kaum nachweisen konnten (LeGrand 1992: 45). Auf diese Weise „privatisierte“ der kolumbianische Staat Ende des 19. Jahrhunderts etwa 3,2 Mio. formal brachliegende Ha, die in Wirklichkeit bereits kleinbäuerlich bewirtschaftet wurden (ebd.: 35). Der Staat beglich einen Teil seiner Binnenschulden, indem er mit gesetzlichen Neuregelungen die Vergabe von staatlichen und kirchlichen Ländereien von häufig über 1.000 Ha an *hacendados* ermöglichte; indigene Autonomiegebiete wurden enteignet und die entstehenden Kleinparzellen häufig wenig später großen *Haciendas* einverleibt (Pécaut 2001: 56f.; Safford/Palacios

15 García Villegas/ Espinosa Restrepo (2011; 2010) konstruieren deshalb den Drogenhandel als zur ländlichen Peripherie gehörig (vgl. zur Kritik Maldonado Aranda 2010a). Während sie über die Differenzierung zwischen „Zentrum“ und „Peripherie“ kolumbianische Staatlichkeit zu erklären suchen, geht ihre Differenzierung zwischen europäischer historischer Entwicklung und „Peripherie“ nicht den entscheidenden Schritt, die Vorstellung einer „Nation“ oder kulturalistische Erklärungen für den bewaffneten Konflikt oder die Kontrolle durch Intermediäre dann auch zu verwerfen und ihre Idealisierung des europäisch-liberalen Staates aufzugeben. Sie übersehen dabei zudem, dass der kapitalistische Staat auch selbst Räume wieder außer Wert setzt, also nicht permanent versucht wird, Territorium unter „direkte Herrschaft“ (2011:64) zu integrieren.

2003: 184). Diese Maßnahme war ein deutlicher politischer Impuls für die in der Abhängigkeitsstruktur zentrale *Hacienda*-Wirtschaft – und trug zur Desartikulation noch bestehender indigenen Gemeinden bei (Abs. vgl. Jenss 2012a). Für die wachsenden exportorientierten Plantagen reichten die angeworbenen Arbeitskräfte kaum aus; auch die Einwanderung europäischer Arbeitskräfte nach Kolumbien war gering. LeGrand (1992: 32ff.) zeichnet nach, wie mit dem Bedeutungsgewinn ländlicher Exportprodukte wie Kaffee und Bananen ab etwa 1880 deshalb die Landbesitzstruktur erneut massiv modifiziert und die Kontrolle über große Landflächen Arbeitskräfte an *haciendas* band; freie Siedler wurden durch Enteignung zu ländlichen Lohnarbeitern und Pächtern. Auf der anderen Seite sind bäuerliche Siedlungsbewegungen eine Konstante in der Geschichte des Landes. Sie ergaben sich aus der rigiden und konzentrierten Agrarstruktur und führten

„aus den besiedelten Zentren wie den in den ersten Jahren der Kolonie gegründeten Städten und Dörfern, die am intensivsten in das wirtschaftliche und kulturelle Leben eingebunden und direkter der Kontrolle der kolonialen Autoritäten und der katholischen Kirche unterstellt waren, in schwer zugängliche Gebiete der Peripherie mit geringer Präsenz ziviler und kirchlicher Institutionen.“ (González et al. 2003: 260).

Subalterne politische Projekte waren insofern selbstverwaltete *territorios* wie das afrokolumbianische Palenque oder Sumapaz nahe Bogotá, die auch in den 1950er und 60er Jahren noch als uabhängige Gebiete verteidigt wurden: Das Ausweichen von zentralem auf gering besiedeltes Gebiet fern von zentralstaatlicher Regulation war Ventil für freie Bauern, ehemalige Sklaven und Landlose (vgl. hierzu Zinecker 2007: 201; Safford/Palacios 2003: 311f.). Siedlungsbewegungen vollzogen sich nicht in „leeren“ Räumen, sondern verdrängten in Teilen des Landes die indigene Bevölkerung. Allerdings rangen in einigen Gebieten indigene und kleinbäuerliche *comunidades* auch gemeinsam gegen die Landbesitzenden um den Zugang zu Land (vgl. Jenss 2013: 206). Durch häufige gewaltsame Enteignungen konzentrierte sich die Landbesitzstruktur in diesen peripheren Gebieten kontinuierlich und war Rekonfigurationen unterworfen (vgl. Molano 1992).

Die Bemühungen der 1930er Jahre um eine verteilende Landreform musste der damalige Präsident López Pumarejo dagegen rasch zurücknehmen. In der darauffolgenden Phase der *violencia* sieht nicht nur Hobsbawm (1983: 270f.) Gewaltpraktiken, die denen der heutigen Paramilitärs ähneln, wurden doch besonders in den Anbauregionen des Hauptexportproduktes Kaffee die durch Gewalt gestiegenen Aufstiegschancen bürgerlicher Kräfte und die gewaltförmige Modifikation von Produktion und Besitzverhältnissen zwischen Mini-, Midi- und Latifundien deutlich (ebd.: 268). Die *violencia* zeitigte je nach Region uneinheitliche Ergebnisse in der Produktionsstruktur, führte also zu einem komplexen Geflecht unterschiedlicher Regulation für unterschiedliche Regionen, das sich u.a. nach sozialstrukturellen

Modifikationen richtete und danach, welche Priorität die Gebiete für staatliche Stellen und wirtschaftliche Gremien hatten.<sup>16</sup>

Mit Pécaut (2006: 60) muss daher hier betont werden, dass in Kolumbien kleinbäuerliche Segmente wie Grundbesitzende weiterhin relevante gesellschaftliche Größen darstellen und der Faktor Land entscheidendes Element in der Konstitution der herrschenden Klassen blieb: Die Landnahme wird zu einem, wenn auch nicht dem ausschließlichen Mittel zur Kapitalkonstitution und Inwertsetzung, wie am konstant steigenden Preis zu erkennen ist (ebd.). Land wirkt in Kolumbien sehr viel stärker als Verteuerungsfaktor als in anderen Staaten Lateinamerikas. Dies bedeutet gleichzeitig, dass kolumbianische Landwirtschaftserzeugnisse im Vergleich mit anderen Ländern teurer sein können. Konsequenz ist die Einsparung von Produktionskosten bei Löhnen und Lohnnebenkosten, um gegenzusteuern (vgl. Fajardo Montaña 2002: 11). Damit reproduzierten die regionalen *caudillos*, die den Zentralstaat in den Siedlungsgebieten repräsentierten, die konzentrierten Besitzverhältnisse der Zentren (vgl. Gutiérrez Sannín et al. 2007: 20; González et al. 2003: 315; Reyes Posada 1997: 286). Die Agrarreform zieht sich deshalb als Debattenthema wie ein roter Faden durch die Geschichte der post-kolonialen Gesellschaft – zuletzt seit 2013 während der Verhandlungen zwischen Staat und FARC – wurde jedoch nie ernsthaft umgesetzt. Politische Kämpfe entzündeten sich immer wieder an der Landfrage.<sup>17</sup> Mit dem „Pacto de Chicoral“ von

16 In den Gebieten der Kaffee-Plantagen im Quindío lässt sich von struktureller Kontinuität, in Cauca und Süd-Tolima von einer expansiven Transformation hin zu großen Rinderzuchten sprechen. In einigen Departments ging man zurück zum traditionellen *Hacienda*-System (regressive Transformation), während in anderen eine progressive Transformation hin zu agro-industriell bewirtschafteten Ländereien stattfand (Richani 2002: 24).

17 1961 verabschiedete die Regierung der Frente Nacional im Konsens das Gesetz 135. Die neue Agrarbehörde INCORA sollte eine erneute Landverteilung regeln. Doch INCORA verteilte bis 1971 weniger als 1 % der geplanten Landflächen; selbst dieses war meist staatliches Land (Richani 2002: 28). Einen weiteren Versuch der Agrarreform unternahm die Exekutive unter Lleras Restrepo ab 1968 und suchte damit die Migration in die Städte zu bremsen. Lleras band die Bauernbewegung Asociación Nacional de Usuarios Agrícolas (ANUC) gewissermaßen als „externe“ *pressure group* ein. Die Reform scheiterte ebenfalls am (wiederum gewaltförmigen) Widerstand von Großgrundeigentümern besonders an der Atlantikküste, wo eine rasche kapitalistische Transformation der ländlichen Wirtschaft (mit größeren Landkonzentrationen und weniger arbeitsintensiven Produktionsmethoden) stattgefunden hatte. Die Landbesitzer sahen die Reformbestrebungen als Bruch mit den Vereinbarungen der *Frente Nacional*, obwohl die Regierung keine tatsächliche Modifikation der Sozialstrukturen angestrebt hatte und die gesellschaftliche Linke sogar geschwächt war (Pécaut 2006: 67; Richani 2002: 31). Die Ablehnung der Reform führte zur Hinwendung der ANUC-Mitglieder zur radikaleren Linken. Inzwischen ent-

1973 verwarf der kolumbianische Staat die Idee einer umverteilenden Agrarreform endgültig und nahm sogar frühere Reformbestrebungen zurück. Stattdessen sollten Siedler die Agrargrenze ausweiten und territorios baldíos (nicht erschlossene Ländereien in Staatsbesitz) erschließen: Für Richani (ebd.: 33; vgl. auch Reyes Posada 1997: 287) zeigt sich im Chicoral-Pakt die „Verpflichtung zur agrarkapitalistischen Entwicklung“. Die Versuche der 1930er und 60er und das von der Weltbank gestützte Vorhaben Anfang der 1990er Jahre,

„einen ‚dynamischen Markt‘ für Land zu etablieren, scheiterten am nicht vorhandenen politischen Willen oder der mangelhaften Konzeption angesichts großer Asymmetrien, was den Zugang zu Krediten, Eigenkapital und Vertriebsmöglichkeiten betraf. So stießen Gruppen innerhalb staatlicher Entscheidungszentren, die im Hinblick auf eine Umverteilung des Produktionsmittels Land Handlungsbedarf sahen, auf die Abwehr regionaler herrschender Kräfte. Besonders unter Druck gerieten Letztere jedoch nie: Im Gegenteil kann der ‚Pacto de Chicoral‘ von 1973 ‚ohne Übertreibung als Abmachung zwischen Regierung und Großgrundbesitzverbänden beschrieben werden, die ländliche Besitzstruktur [...] beizubehalten‘ (Gutiérrez Sanín et al. 2007: 20).“ (Jenss 2013: 208).

Die Umstrukturierung ländlicher Räume ab den 1980er Jahren vollzog sich indes nicht nur in Wechselwirkung mit Modifizierungen in der sozialstrukturellen Zusammensetzung, sondern mündete mittels gewaltsamen Vertreibungen in einer katastrophalen Gegen-Landreform (vgl. Fajardo Montaña 2010: 8). Vertreibung von Kleinbauern durch diese Gewaltaktueure bedeutet angesichts der engen Verknüpfung der eigenen Identität mit dem *territorio* allerdings auch „*desterritorialización*“ (Oslender 2008), (womit in etwa das Kappen der Verbindung mit dem Umfeld gemeint ist) und nicht nur die Tatsache, sich physisch an andere Orte zu bewegen (zu diesen Wechselwirkungen ausführlich Kap. IV.2).

### III.1.4 Im Kern informeller Machtbeziehungen: private Gewalt

Eine weitere Konstante des kolumbianischen Staates ist nun tatsächlich die bereits durch die Topographie und Geographie implizierte regionale Fragmentierung. Verknüpft mit der vom Kolonialismus ererbten sozioökonomischen Struktur machte sie immer wieder Arrangements mit lokal und regional verankerten herrschenden Gruppen notwendig (vgl. González et al. 2003: 266). Diese Struktur verfestigte sich nach der Unabhängigkeit noch und zeigt sich im Regionalismus mit unterschiedlichen Währungen bis in die 1930er Jahre. Dieser sozioökonomischen Struktur und

---

standen weitere Guerillas, darunter das Ejército de Liberación Nacional ELN mit guevaristischer Ausrichtung.

politischen Artikulation entspricht eine weitere Konstante: Die Herrschaftsmodalitäten blieben widersprüchlich. In diesem Staat mit formal demokratischen Institutionen und mehr oder minder konsolidierten Verwaltungsapparaten waren recht sichtbare informelle Machtstrukturen innerhalb des traditionellen Zweiparteiensystems institutionalisiert. So gab es zwar innerhalb der herrschenden Klassen Konflikte, aber auch häufig „große“ Koalitionen, sobald subalterne Fraktionen die Machtverhältnisse ernsthaft infrage stellten (Uribe Hincapié 2001: 88ff.; Leal Buitrago 2010a). Modernisierungen waren so nur sehr selektiv möglich und fanden immer den Widerspruch der traditionellen Sektoren (González et al. 2003: 316). Demgegenüber hing das immer größere Ungleichgewicht zwischen Stärkung der staatlichen Zwangsapparate und der Stagnation in den Regulationsapparaten (González et al. 2003: 295) während der *Frente Nacional* u.a. damit zusammen, dass im Kontext staatlicher Versuche, die unabhängige „Bauernrepublik“ Marquetalia einzunehmen, mit der Gründung (1964-66) der heute noch bestehenden Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia (FARC) ein radikal gegenläufiges Projekt entstand (vgl. Richani 2002: 60ff.).<sup>18</sup> Der formal demokratische Staat regierte Ende der 60er Jahre zunehmend im Ausnahmezustand und trat immer mehr in Form von Repressionsorganen in Erscheinung, deren Rolle sich veränderte.<sup>19</sup> Das Militär galt gewissermaßen als Garant für politische Stabilität und gewann damit Gewicht im staatlichen Gefüge und Autonomie, bestimmte beispielsweise das eigene Budget mit (Richani 2002: 41ff.). Die großen Spielräume des Militärs machte einen Putsch unnötig (vgl. ebd.: 38; Jäger et al. 2007: 135; Zinecker 2007: 1038). Offiziell zur Unterstützung des Militärs beim Kampf gegen die aufkommenden Guerillas legalisierte der Kongress 1965 und 1968 in mehreren Gesetzen private (paramilitärische) Milizen (Richani 2002: 33; Zelik 2009). Häufig koordinierte das Militär deren Einsätze. In der Verfassungsänderung von 1968 kristallisierte sich konsequent die Macht der Exekutive, hinderliche Gesetze auszusetzen (vgl. Franco Restrepo 2009: 232f.).

Immerhin, geben Palacio/Rojas (1990: 90, 94) zu bedenken, standen Positionierungen der Judikative im Unterschied zu Mexiko immer wieder der Exekutive ent-

18 Die Aktivitäten der Guerilla spielten sich zunächst in vom Zentralstaat ohnehin vernachlässigten Randgebieten ab. Serrano/Palacios (2010: 110) behaupten, trotz statistischer Unschärfen überstiegen die Morde, die dem Konflikt zwischen Staat und Guerillas zugeordnet werden, nie die Zahl der Verkehrstoten.

19 Kolumbianische Militärhandbücher ab 1962 belegen das militärische Denken, das offenbar mit der Yarborough-Mission der USA zusammengebracht werden kann. Paramilitärische Aktivitäten wurden hier explizit ins Auge gefasst, obwohl die FARC noch nicht existierte. Fokus war denn auch die Bevölkerung, die dem Feind sein Umfeld bietet „Dabei ergibt sich eine eigentümliche Perspektive: Die Militärs sollen die Bevölkerung gleichzeitig als Feind, politischen Verbündeten, zu eroberndes Terrain und biopolitisches Objekt betrachten.“ (Zelik 2006: 92).

gegen. Sie bewahrte sich in einigen Organen eine gewisse Autonomie (was nicht als wirkliches Gegengewicht zu den herrschenden Klassen verstanden werden darf) und sprach sich gegen Militärrechtsprechung aus (vgl. u.a. IV 19). Letzteres machte Vertreter der Judikative immer wieder zum Ziel von Mordanschlägen.

Der Einsatz von Gewalt, um unabhängige politische Projekte einzuhegen und ökonomische Interessen der Herrschenden durchzusetzen, war ebenfalls konstant. Integrative Maßnahmen für breite Bevölkerungsteile fehlten fast durchgehend. Versuche, neue Parteien zu gründen, wurden entweder in den unklaren Grenzen zwischen den beiden Parteien aufgelöst oder konnten „von außen“ nur wenig Gewicht erlangen (Uribe Hincapié 2001: 94). Populistische Projekte wie von Gaitán oder Rojas Pinilla wurden meist rasch gestoppt und konstituierten nie ein national-populäres Hegemonieprojekt, das u.a. die ungleiche Verteilung von Landbesitz hätte mildern können, indem es große Bevölkerungsteile einbände wie etwa in Mexiko (vgl. Jenss 2012). Ausgleichende und demokratische Partizipationsmechanismen waren in diesem Staat nur unzureichend angelegt. Dass die Ausweitung von Repressionsstrategien dennoch politischen Konjunkturen geschuldet war, zeigt die Expansion von „Sicherheitsparadigmen“ unter Präsident Turbay Ayala (1978-82).

Konflikte wurden immer wieder mit (privater) Gewalt oder staatlicher Repression oder einer Mischung aus beiden begegnet. Was aus normativer Perspektive dysfunktional wirkte, wurde positiv sanktioniert und institutionalisierte so gewaltvolle Mechanismen (Fals Borda 2009a: 141). Wie für ganz Lateinamerika beschrieben, verhandelte die Zentralregierung das Monopol der physischen Gewalt immer wieder und löste es in Arrangements mit mächtigen Netzwerken auf, die ihr den Zugang zur Bevölkerung erleichterten (vgl. Franco Restrepo 2009). Widersprüche innerhalb und zwischen den zentralen gesellschaftlichen Segmenten und ihren widerstreitenden Strategien in Bezug auf Weltmarktanforderungen und kapitalistische Entwicklung drückten sich immer wieder in Klassenkonflikten auf dem Land und gewaltsamer Vertreibung aus, die eine scheinbare Dysfunktionalität des Staates – fehlende Kohäsionsleistung, exzessive, privat ausgeübte Gewalt, fehlende Schutzfunktion (vgl. Fals Borda 2009a) – unterstrichen. Staatliche Schutzfunktionen wurden durch private Sicherheit ersetzt, von der Seite der Kleinbauern wie von der der Großgrundbesitzer (Pécaut 2004: 64), und ähnlich wie in Mexiko spielte die Polizei historisch eine Rolle zwischen öffentlicher und privater Gewalt (vgl. u.a. Fals Borda 2009a: 140f.). Der Einsatz privater Sicherheit als Schutzfunktion diente jedoch zugleich den ländlichen Wirtschaftsverbänden als Rechtfertigungsdiskurs, als ab den 80er Jahren verstärkt paramilitärische Gruppen aktiv wurden: Wegen der Schwäche des Staates habe man den Einsatz paramilitärischer Gruppen zum Schutz vor der Guerilla für notwendig gehalten, und diese seien außer Kontrolle geraten (vgl. hierzu ausführlich Zelik 2009; Franco Restrepo 2009, Kap. IV, V). Doch nicht weil ein bewaffneter Konflikt herrscht, ist eine gerechtere Verteilung von Land und Gütern unmöglich, sondern es wurden bis hin zum Bürgerkrieg „Kriegsdynamiken

gefördert“ (Zelik 2009: 148), um eine Umverteilung zugunsten der Herrschenden weiter zu treiben und um

„den bestehenden Widersprüchen zwischen den traditionellen Herrschaftsstrukturen und -mechanismen und dem Aufschwung von Widerstandsformen der Sozialen Bewegung entgegenzuwirken.“ (Medina Gallego 2001: 7).

Dennoch lässt sich festhalten, dass die Diskrepanz zwischen gewaltförmigen sozialen Praktiken und der formellen Demokratie (die immer wieder symbolisch als kolumbianische Errungenschaft hervorgehoben wird, etwa bei Jäger et al. 2007: 114) und weiteren formell einklagbaren Rechten die Kohäsionsfunktion des Staates tendenziell unterminiert. Dabei ist der „permanente Ausnahmezustand“ – Becker (2008: 24) betont dies – längst keine Ausnahme. Staatliche Herrschaft ist uneinheitlich vermittelt; die Gewaltfunktion wird über unterschiedliche Teile des Staatsapparats oder an andere Gruppen gestreut und tritt dispers auf.

### **III.1.5 Polit-ökonomische Tendenzen seit den 1980er Jahren: Konflikt und Krise**

Mit der Schuldenkrise in Mexiko 1982 wurde es schwieriger für den kolumbianischen Staat, Auslandskredite zu bekommen, obwohl er die Schulden stetig weiter bediente (vgl. López Restrepo 2004). In einer letzten protektionistischen Phase konnten Weltbank und IWF ihre Bedingungen für Kredite (die Abschaffung diverser Importregelungen und Interventionen in die Exportwirtschaft) bei der konservativen Regierung Belisario Betancur (1982-1986) dennoch zunächst dennoch nicht durchsetzen. Doch 1984 läutete das Finanzministerium den endgültigen Schwenk hin zu einer orthodoxen Makroökonomie ein. Das den Kapitalgruppen nahestehende Verwaltungspersonal wollte die Rolle des Staates deutlich reduzieren, die „Abhängigkeit vom Binnenmarkt verringern“ und die „außengerichtete Entwicklung“ noch stärker betonen (vgl. ebd.: 22ff.). Parallel nutzten regionale politische Kräfte die Devisen aus dem Drogenhandel zunehmend für sich. Restrepo (2006: 29) spricht von „*narcoclientelismo*“ und einem regelrechten Markt für Wahlstimmen. Diese „Kriminalisierung der Politik“ (Gutiérrez Sanín et al. 2007: 23) verweist auf immer engere Verflechtungen zwischen Kongressmitgliedern, regionaler Politik und illegaler Ökonomie, zwischen Legalität und Illegalität.

Der Friedensprozess, den Betancur mit den beiden Guerillas FARC und M-19 ins Leben rief, scheiterte kläglich. Zwar gründete sich als erster Schritt der FARC zu einer parlamentarischen Kraft die Partei Unión Patriótica, doch innerhalb weniger Jahre wurden geschätzt 3.000 ihrer Mitglieder ermordet (Pécaut 2004: 81). Dem



Friedensprozess stand eine radikalen Opposition aus Militärs, der Gesellschaft der Agrarunternehmer Sociedad de Agricultores de Colombia (SAC) und zunehmend dem Nationalen Industrieverband (ANDI) gegenüber. Als der M-19 1985 den Justizpalast im Zentrum der Hauptstadt Bogotá gewaltsam besetzte und ernsthafte Verhandlungen verlangte, eröffnete dies Raum für eine Intervention des Militärs.<sup>20</sup> Die noch heute als traumatisch geltende Erfahrung setzte dem Friedensprozess (auch mit der FARC) ein Ende; das Militär bestimmte nun deutlich gestärkt die Sicherheitspolitik.

Eine zweite Konfliktachse vollzog sich Ende der 80er Jahre praktisch unabhängig vom bewaffneten Konflikt zwischen Staat und Guerillas, nämlich in Kämpfen zwischen dem unter Pablo Escobar relativ zentralisierten Medellín-Netzwerk und der liberalen Regierung Barco (1986-1990). Erst jetzt wurde die Situation mit Bombenanschlägen sogar auf staatliche Behörden für die städtische Bevölkerung kriegsähnlich.<sup>21</sup> In dieser Gemengelage erklärte Präsident Barco auch die paramilitärischen „Selbstverteidigungs“-Gruppen wie die des Viehzuchtverbandes ACDEGAM für illegal, doch war kein Mechanismus vorgesehen, die noch legal konstituierten Gruppen effektiv aufzulösen (Romero 2006: 365): Faktisch expandierten diese Gruppen rascher als die Guerillas (Gutiérrez Sanín et al. 2007: 24; Richani 2002: 55) und schlossen sich 1997 zur nationalen Organisation Autodefensas Unidas de Colombia (AUC) zusammen.

Doch diese konfliktive Konstellation, symbolisch vor allem der Mord am sozialdemokratisch ausgerichteten Liberalen Präsidentschaftskandidaten Galán, bot auf zentralstaatlicher Ebene auch neue Spielräume: 1990 gab der M-19 die Waffen ab und forderten in einer recht breiten politischen Koalition – u.a. beteiligten sich studentische Organisationen (vgl. Helfrich 2009) – eine neue Verfassung, die schließlich 1991 verabschiedet und als progressiver Schritt gefeiert wurde. Für afrokolumbianische und indigene Segmente der *sociedad abigarrada* mussten die Errungenschaften der Verfassung sich widersprüchlich auswirken (vgl. Jenss 2013): Zum einen öffnete sich – auch im Zuge der Menschenrechtskonferenzen der UNO – eine Art *window of opportunity*, in dem sie grundlegende Rechte und eine relative politische Partizipation einfordern konnten. Tatsächlich schrieb die Verfassung Rechte

20 Das Militär bombardierte und stürmte den Gebäudekomplex ohne offizielle Anordnung der zivilen Regierung; die Verantwortung des Präsidenten ist bis heute ungeklärt. Alle Personen, die sich in dem Gebäude befanden, starben – Richter, Kantinenarbeiter und *guerrilleros*. Militärs ermordeten allerdings mehrere Personen, nachdem sie sie lebend aus dem Gebäude gebracht hatten (vgl. Richani 2002: 39; Jäger et al. 2007: 135).

21 Die Kräfte um Escobar boten kein ernsthaftes alternatives politisches Projekt, sondern wollten – und konnten – unter dem Namen *Los Extraditables* (die Auslieferbaren) vor allem jegliche Gesetzgebung über Auslieferungen an die Behörden der USA verhindern (vgl. Gutiérrez Sanín et al. 2007: 24; Gutiérrez 2009).

indigener und afrokolumbianischer Gemeinden auf autonome, selbstverwaltete Gebiete und spezifische „Minderheitenrechte“ fest (Gesetz 70, 1993).<sup>22</sup>

Zum anderen verknüpften die innerhalb staatlicher Entscheidungszentren immer durchsetzungsfähigeren außen- und kapitalmarktorientierten Kräfte die wirtschaftliche Öffnung im Rahmen des Washington Consensus mit Anreizen für Direktinvestitionen in Agrarindustrie und Rohstoffförderung (vgl. Bonilla González 2011). Die Banco de la República bekam Autonomie. Bereits die Regierung Barco hatte diese im lateinamerikanischen Vergleich eigentlich verspätete wirtschaftliche Öffnung, *La Apertura*, vorangetrieben (Bonilla 2006: 426). Druck der Weltbank beschleunigte 1990 den Prozess, Importbeschränkungen fallen zu lassen und makroökonomische „Balance“ herzustellen (Bonilla González 2006: 429, 434). Der technokratische Consejo Nacional de Política Económica y Social (CONPES) verabschiedete das Programm zur „Modernisierung der kolumbianischen Ökonomie“ (López Restrepo 2004: 31). Die wirtschaftspolitischen Entscheidungen waren bereits in der Vorgangsweise das genaue Gegenstück zum verfassungsgebenden Prozess: Nur eine kleine Gruppe des Staatsapparats war beteiligt (vgl. ebd.: 34f.). Laut Orjuela (2010: 372f.) oder Estrada Álvarez (2010b) sind Konzentrationsprozesse hin zu großen Wirtschaftskonglomeraten mit bedeutenden Finanzreserven wichtiges Charakteristikum der letzten beiden Jahrzehnte – wie in Mexiko mit der Tendenz, bestehende Unternehmen und Produktionszweige aufzukaufen, anstatt neue Unternehmen zu schaffen. Die wirtschaftliche Umstrukturierung bedeutete letztlich nicht nur eine relative Deindustrialisierung und die stärkere (erneute) Verknüpfung einzelner Regionen mit globalen Wirtschaftskreisläufen, sondern eine radikale Neuordnung der Besitzverhältnisse auf dem Land und der ländlichen Räume insgesamt (vgl. Jenss 2012). Nicht nur stiegen die Zahlen gewaltsam vertriebener Kleinbauern stark an (PNUD 2011), auch strukturelle Ungleichgewichte wurden immer weniger ausgeglichen, etwa durch den Abbau landwirtschaftlicher Kreditbanken. Die *regulatory landscape* (Brenner 2004) des Staates im landwirtschaftlichen Bereich verflachte. Gestiegene Lebensmittelimporte schwächten kleinbäuerliche Familien; deren Kaufkraft sank, und häufig wechselten sie aus der kleinbäuerlichen Landwirtschaft in die Lohnarbeit auf Plantagen bzw. begannen als Zulieferer für die Agrarindustrie (vgl. Fajardo Montaña 2002). Für indigene und kleinbäuerliche Gemeinden rief die Marktorientierung, die dem Zusammendenken von *tierra* und *territorio* widersprach, neue Konfliktszenarien hervor (Rechte an Saatgut, verstärkte Investitionen in die Förderung von Ressourcen und die veränderte, industrielle Landnutzung). „Große bzw. transnationale Agrarunternehmen konnten auf die Anforderungen externer Märkte weit besser reagieren“ und trieben diese mit voran (Jenss 2012: 259).

22 Beispielsweise wurde 1996 die Nationale Kommission für indigene Territorien gegründet, die besonders kollektive Landtitel einforderte (vgl. Castillo 2010:152).

Die Einführung der Direktwahl von Bürgermeistern und die Delegation der Budgethoheit auf regionale institutionelle Ebenen im Zuge der Dezentralisierungsbemühungen des Washington Consensus hatte eine erneute regionale Fragmentierung zur Folge. Sie erleichterten die Einflussnahme bewaffneter Akteure auf die lokale und regionale Politik und auf die Ressourcenverteilung (Bonilla González 2006: 432; Pécaut 2004: 68). Der öffentliche Skandal um illegales Kapital in der Präsidentschaftskampagne Ernesto Sampers 1994 und der Gerichtsprozess Proceso 8000 gegen eine große Anzahl Politiker änderten nichts daran, dass illegal erwirtschaftetes Kapital eine Rolle für die Devisenreserven Kolumbiens spielt (Richani 2002: 100). Im Zusammenhang damit wurde der Einfluss der USA immer direkter. Deren

„intervention [...] in Colombian affairs via the narcotics theme had been more or less permanent from 1978 on, but the Samper period opened the door to a new wave and level of activism, in which the US ambassador operated [...] as another Colombian politician, only with much more power (and without the need of gathering votes).“ (Gutiérrez Sanín et al. 2007: 25).

Der militärische Konflikt zwischen Staat und FARC bzw. ELN spitzte sich in den 90er Jahren auffallend zu (Richani 2002: 47; vgl. Hristov 2009).<sup>23</sup> Die Kosten des Krieges wurden spürbar; zudem verzeichnete Kolumbien das erste Mal seit den 1930er Jahren drei Jahre in Folge (1998-2000) ein negatives Wachstum (Richani 2002: 137).<sup>24</sup> Als die Vermögen der kolumbianischen Konglomerate betroffen waren – z.B. sanken die Vermögen der reichsten Kolumbianer Julio Mario Santo Domingo, Luis Carlos Sarmiento und Carlos Ardila Lülle um über 30 % (ebd.: 138f.) –, veränderten die städtischen Fraktionen der herrschenden Klassen kurzzeitig ihre politische Haltung<sup>25</sup> und unterstützten einen von Präsident Pastrana (1998-2002) initiierten Friedensprozess mit den FARC. Letztere hatten die zentralstaatliche Macht auf der Ge-

23 Von ca. 500 stieg die Zahl der Zusammenstöße zwischen Militär und Guerilla Anfang der 90er Jahre stark an. Zwischen 1996 und '97 verdreifachten sich die kalkulierbaren Kosten des Krieges (steigender Verteidigungshaushalt, Lösegeldzahlungen bei Entführungen, aus denen die FARC einen Teil ihrer Einkünfte zogen) (Richani 2002: 136).

24 Die öffentlichen Schulden kletterten 1998 auf 34,4 % des BIP, die städtische Arbeitslosigkeit stieg 1999 auf ein Rekordhoch von 20,5 %, die Armutsrate auf 59,8 %, (Bonilla González 2006: 438); Das BIP ging um 4,5 % zurück (ebd.: 435). 1998 - 1999 nahmen die ausländischen Direktinvestitionen von 4,5 auf 4,2 Mrd. US\$ ab (Richani 2002: 135).

25 Noch Anfang 1999 befürworteten in einer Umfrage der zwei größten Zeitungen *El Tiempo* und *Semana* 84 % der befragten Führungsetagen der größten Handels-, Finanz- und Industrieunternehmen einen Friedensprozess. Nur 16 % sprachen sich gegen eine Aufteilung von Ländereien über 200 Ha oder eine Reform des Militärs aus; ein Teil war sogar bereit, Kapital für einen Friedensprozess zu investieren (Richani 2002: 141f.; Pécaut 2006: 424ff.).

meindeebene teilweise „dekonstruiert“ (Richani 2002: 89), Wahlen abgehalten und ihre Spielräume so ausgeweitet, dass die Regierung der Forderung nachgab, eine demilitarisierte Zone für Friedensgespräche einzurichten. Die Befürchtung einer Verhandlungslösung zu ihren Ungunsten entsetzten Militär, Agraroligarchie, Medien und Teile der Regierung Pastranas.<sup>26</sup> Sie und vor allem paramilitärische Gruppen „combined violence, military threats, public denunciations and mass mobilisation to force Pastrana to back off“ (Gutiérrez Sanín et al. 2007: 26). Insgesamt stiegen die Gewaltraten während des Friedensprozesses rasant.<sup>27</sup> Der Prozess scheiterte erneut. Der diffuse Eindruck eines im bewaffneten Konflikt „machtlosen Staates“ erlaubte 2002 die Wahl Álvaro Uribe Vélez' zum Präsidenten (vgl. Zelik 2009: 122ff.).

### III.1.6 Fazit: Staatlichkeit in Kolumbien

Mit poulantzas'schen Begrifflichkeiten ließe sich die Konfiguration des kolumbianischen Staates nun folgendermaßen fassen: Die Sozialstrukturen spiegeln die extremen Ungleichheiten, Unverbundenheit und Widersprüchlichkeiten, mit denen Zavaleta (2009a) die *sociedad abigarrada* charakterisierte. Mit Palacios (1986)<sup>28</sup> lässt sich argumentieren, dass es in Kolumbien keine hegemoniale Klassenfraktion oder einen gesamtgesellschaftlichen Konsens gab – zumindest aber im Unterschied zu Mexiko kein einendes Staatsprojekt (vgl. Jessop 2009) jemals existiert hat.

- 
- 26 Die Regierung Pastrana verhielt sich widersprüchlich: Zwar ließ er zwei Generäle wegen Verbindungen zum Paramilitarismus in den Ruhestand versetzen (Zelik 2009: 122) und schien den Friedensprozess auch gegen innere Widerstände zu verfolgen. Doch parallel dazu initiierte der Präsident die Professionalisierung und Stärkung der Streitkräfte, führte auf Rat der US-Regierung die sogenannte FUDRA (Fuerzas Unidas de Despliegue Rápido) ein (vgl. IV 18:013) und unterzeichnete den unter Führung der USA erarbeiteten Plan Colombia, der offiziell die Bekämpfung des Drogenhandels unterstützen sollte, von Menschenrechtsgruppen aber immer wieder als eigentlich antisubversive Strategie kritisiert wird (Restrepo 2006: 41).
- 27 1999 wurden 24.358 Menschen ermordet (häufig in von Paramilitärs verübten Massakern). Im Jahr 2000 waren es 25.660. Zusätzlich wurden 1999 4.024 Kriegstote gezählt (Richani 2002: 132; vgl. Romero 2006: 359).
- 28 Palacios (1986: 92) konstatiert die Persistenz „vorkapitalistischer Produktionsweisen“ und betont, zu Beginn der Unabhängigkeit sei das „materielle Substrat“ dieser provinziellen und regional geprägten Gesellschaft nicht kapitalistisch. Diese Bedingungen seien für eine einende moderne Bourgeoisie denkbar ungünstig gewesen. Diese Strukturen, darauf muss hingewiesen werden, waren und sind als heterogene Ausbeutungsformen mit kapitalistischen Produktionsverhältnissen artikuliert.

„The failure of the dominant classes to produce a hegemonic faction, for better or for worse, produced a consociational power arrangement that circumscribed the state's political autonomy. One would expect that the state would become more autonomous if a balance of forces within the dominant class did not allow the emergence of a hegemon. Notwithstanding the shortlived autonomy under the first term of López Pumarejo, this was not the case in Colombia particularly because peasant, working-class and middle-class alliances were weak, and their resistance was not strong enough to represent a countervailing power against the dominant classes and to give the state more autonomy in enforcing a more egalitarian distribution of land, income, and political power.“ (Richani 2002: 33).

Die (für den kapitalistischen Staat konstitutive) relative Autonomie hatte in Kolumbien also extrem enge Spielräume. Weder gab es ein „hegemoniales“ Projekt (Kannankulam/Georgi 2012: 34f.), noch konnte eine der herrschenden Fraktionen oder alternative Kräfte den Konsens breiter Sektoren auf sich vereinen (vgl. Uribe Hincapié 2001: 112). Am ehesten war dies während der Frente Nacional der Fall, wenn auch immer von Gewaltausübung begleitet. Die Konkurrenz zwischen Konservativen und Liberalen ist keineswegs so grundlegend wie häufig konstatiert: Zwar war die Identifikation mit einer der beiden Parteien derart, dass Pécaut (2004: 61) von zwei politischen Subkulturen spricht. Innerhalb der beiden Parteien waren die Spaltungen aber vielmehr personell durch regionale oder lokale Klientelbeziehungen bedingt und nicht programmatisch: Die Spaltungslinien verliefen stringenter zwischen den eng verflochtenen Führungsspitzen der Parteien und denen der *sociedad abigarrada*, die keinen Zugang zu staatlichen Entscheidungszentren hatten. Besonders die gescheiterten Friedensprozesse verdeutlichen Konflikte zwischen unterschiedlichen staatlichen Stellen, vor allem aber, dass die Streitkräfte ihre Agenda meist ohne Putsch durchsetzen konnten (vgl. Palacio/Rojas 1990: 89). Mit Poulantzas (2002) wird daher die Heterogenität des staatlichen Gefüges plausibel, der auch die von Zelik (2009: 253) in Kolumbien festgestellte „Irregularisierung politischer Entscheidungs- und Handlungsprozesse“ bereits mitgedacht hat (vgl. Kap. I.5).

## III.2 KLEINE SOZIO-POLITISCHE GESCHICHTE MEXIKOS: Konstitutionsbedingungen und politische Kontinuitäten

### III.2.1 Politische Projekte in der *sociedad abigarrada*

Ganz anders als in Kolumbien gab es mit der mexikanischen Revolution, deren Konsequenzen Klassiker wie Gilly (1971), Katz (1982) oder González Casanova (1981) in den Blick nehmen, ein zentrales historisch konstitutives Moment, das zu

einem durchsetzungsfähigen Hegemonieprojekt führte und selbst für heutige politische Prozesse relevant ist.<sup>29</sup>

Zunächst bekämpften sich wie in Kolumbien im 19. Jahrhundert Konservative und antiklerikale Liberale, woran sich angesichts des handelspolitisch strategischen Gebietes auch europäische Interventionen beteiligten.<sup>30</sup> General Porfirio Díaz gelang es 1876 aus einem Klima der „Desintegration“ heraus, eine Art „konstitutiven Pakt“ (Roux 2005: 79) zu schaffen. Dabei kam dem *Caudillismo* – mit eigenen Armeen und ökonomisch im Großgrundbesitz verankert – eine besondere Qualität zu: *Caudillos* waren in Netzwerke eingebettet, die von einer klientelistischen Tauschlogik persönlicher Loyalität gegen *tutelaje* (Schutz) geprägt waren (ebd.: 46; Katz 1982: 24ff.). Pansters (2012b: 22f.) zieht ähnliche Schlüsse für das unabhängige prä-revolutionäre Mexiko; Centeno (2002: 67) spricht von einem „widersprüchlichen Aggregat lokaler Interessen, die aber unumstößlich aneinander gebunden waren“, während die regional fragmentierten *criollos* „die nicht-weißen Subalternen“ als Bedrohung für ihren eigenen sozialen Status Quo wahrnahmen. In Yucatán jedoch berührten die Unabhängigkeitsbestrebungen der Maya Ende des 19. Jahrhunderts den dortigen Gouverneur und Exportunternehmer kaum, da seine Rechenschaftspflicht nur gegenüber dem Präsidenten lag (vgl. Meyer 1977: 6). Den Kämpfen der bäuerlichen Yaqui-Indigenen um Land in Sonora, aber auch den Bergbauarbeitern in Sonora begegnete das Porfiriat mit massiver Repression und rassistischen

29 Einige Unterschiede zur kolumbianischen Entwicklung springen ins Auge: Weder gab es dort ähnlich viel Interesse von ausländischen Unternehmen Kapital zu investieren, das auch noch für den Ausbau der internen Transportwege genutzt worden wäre, noch waren die Exporte ähnlich diversifiziert, hätten es die Kräfteverhältnisse zugelassen, die fiskalischen Spielräume auszuweiten oder hätte ein nationaler Binnenmarkt ein ähnliches Wachstum oder die Tätigkeit migrantischer Investoren auf sich gezogen – all dies trotz einer relativen Zentralisierung politischer Herrschaft unter dem Konservativen Núñez ab 1886.

30 Zwischen 1862 und 1867 stützten Konservative und die katholische Kirche ein unter französischen/Habsburger Truppen errichtetes Kaiserreich, während die parallele liberale Regierung unter Benito Juárez – „Nationalheld“ der Republik – keinen festen Regierungssitz hatte. Mexikanische Liberale unter General Porfirio Díaz nahmen 1867 Mexiko-Stadt ein. Damit waren zwar die Konservativen auf eine sekundäre Ebene verwiesen, allerdings bekämpften sich unterschiedliche liberale Projekte, denen das Ziel einer „modernen Republik“ und kapitalistischen Modernisierung (über Privatbesitz, Auflösung kommunitärer Strukturen, Zentralisierung) gemein war. Diesen liberalen Projekten zuwider liefen zahlreiche bäuerliche (indigene) Rebellionen (vgl. Katz, Florescano in Roux 2005: 62). Díaz schuf ein nationales Netz persönlicher Loyalität mit regionalen *Caciques* und *Caudillos* (vgl. ebd.: 79) und erreichte eine Einigung mit der katholischen Kirche, so dass informelle Regeln innerhalb der herrschenden Gruppen und ausländische Investitionen den Motor für ein Projekt (abhängiger) kapitalistischer „Modernisierung“ bildeten.

Zuschreibungen als ungebildet und unproduktiv (vgl. u.a. Mallon 1994). Die Kräfte um Porfirio Díaz stärkten langfristig die fiskalischen Kapazitäten des Zentralstaates, schrieben juristisch die Grundlagen für das „moderne Privateigentum“ fest und konsolidierten dafür die zentralstaatliche Regulation (exempl. Roux 2005: 89; Katz 1982; Meyer 1977).

Als Symbol des porfirianischen Projekts gilt der Eisenbahnbau, der subsidiär für Exportsektor und entstehende Industrie funktionierte und die entscheidende Vernetzung regionaler Räume ermöglichte (vgl. Hesketh 2010: 386).<sup>31</sup> Arbeitsrechtlich machte das Porfiriat keine Konzessionen; stattdessen sanken in den ersten Jahren des 20. Jahrhunderts die Reallöhne; der Staat kriminalisierte es, Arbeitsstelle und Arbeitgeber zu verlassen: „Vagabundentum“ war als Straftat u.a. mit Zwangsarbeit belegt (Falcón 1994: 123; vgl. Hesketh 2010: 387). Regional verankerte Kräfte kontrollierten häufig über *haciendas* die lokale Ökonomie eines Bundesstaates, konzentrierten also das Produktionsmittel Land praktisch in einer Hand.

Koloniales Legat der Staatlichkeit in Mexiko ist damit die während der spanischen Herrschaft etablierte informelle Netzwerkstruktur, die autonome regionale Herrschaftszentren mit dem kolonialen Zentrum in Mexiko-Stadt und miteinander verband. Laut Bartra (1984: 39) stellte eine „Struktur der Vermittlung“ Stabilität her.<sup>32</sup> Intermediäre vereinten dabei Funktionen der Judikative, Exekutive und der Bereitstellung von Sicherheit: Sie waren essentielle lokale „Agenten staatlich-

31 Gute Beziehungen konnten die Schätzung von Privatbesitz nach unten korrigieren und Steuerzahlungen verringern (vgl. ebd.: 119; Moreno Brid/Ros 2009: 48). Die rasant steigenden und staatlich subventionierten ausländischen Investitionen waren das Schlüsselement der Entwicklungsstrategie. Sie transformierte nachhaltig Produktions-, Handels- und Finanzkreisläufe, denn im Unterschied zu Kolumbien verbanden die Eisenbahnen regionale Räume, riefen aber zugleich gesellschaftliche Verwerfungen und tiefgreifende Sozialstrukturveränderungen hervor (Beato 2004: 155; vgl. Roux 2005: 98ff.; Imbusch 1996; Brachet-Márquez 1994): Einkommensungleichheiten zwischen Stadt und Land und dem rohstoffreichen Norden und dem Süden verschärften sich. Ein kleines Segment lohnabhängiger ArbeiterInnen entstand, der Handwerkssektor blieb bestehen. Eine neue Generation Unternehmer aus der kapitalistisch organisierten Landwirtschaft für den Export, Bergbau oder Finanzgeschäft begann den kleinen Landbesitz und die alte Landoligarchie zu verdrängen, wenn auch in Regionen wie Chiapas oder Michoacán politische Herrschaft über das *Hacienda*-Modell die Norm blieb (Maldonado Aranda 2010a; Bobrow-Strain 2007). Neue städtische Fraktionen der herrschenden Klassen formierten sich mit dem Rohstoffboom; doch die Kanäle für soziale Mobilität nach oben waren schmal (Meyer 1977: 7).

32 Das gilt für die Zeit vor und nach der Revolution. Ein zentralisierter Sicherheitsapparat etablierte sich auch in der *pax porfiriana* kaum. Stattdessen sei mit den *jefaturas políticas* sei die Ausübung von Extralegalität und Gewalt zur Basis lokaler politischer Karrieren geworden, so Müller (2012: 47).

territorialer Projekte“ (Bobrow-Strain 2007: 78) und versuchten zugleich staatliche Regulation, z.B. die eigene Besteuerung, zurückzudrängen (vgl. ebd.: 77ff.). Teil der durchaus effizienten staatlichen Maschinerie waren die *jefaturas políticas* (vgl. Falcón 1994), deren Rolle als repressive Kräfte und zugleich als Intermediäre zwischen Herrschenden und Beherrschten die bestehenden Besitzverhältnisse und damit spezifische Kräfte stützte. Sie trugen nicht nur dazu bei, die (zentral-)staatliche Herrschaft in der kommunalen und dörflichen Gesellschaft festzuschreiben, sondern übten personale, häufig offen gewaltsame Herrschaft aus und fungierten als Verhaltensregulierer auf der individuellen Ebene: Die Verflechtung mit rechtlichen Funktionen nutzte dieses ‚Staatspersonal‘ „for integrating, channeling or repressing those who made demands or refused to accept the rules of the game imposed“ (ebd.: 110).

Analysen der Mexikanischen Revolution arbeiten heraus, dass diese in weiten Teilen das Projekt (abhängiger) kapitalistischer Modernisierung aus dem Porfiriat fortführte, wobei die subalternen Klassen ihre Forderungen nur begrenzt umsetzen konnten (exemplarisch Meyer 1977, 2007a).<sup>33</sup> Meyer (1977: 4) ist der Ansicht, die autoritären porfirianischen Herrschaftsstrukturen seien modifiziert, aber keineswegs aufgebrochen worden. González Casanova (1981: 41) schreibt pointiert, „in Mexiko konnte es nicht mehr Revolution geben als die mexikanische, und nicht mehr revolutionäres Denken als das der machthabenden *Caudillos*“. Obwohl von einer einzelnen Umsturzbewegung nicht zu sprechen ist, sondern diverse Aufstände in verschiedenen Regionen unterschiedlichen Ausgang nahmen, waren die bewaffneten Konflikte, die als „Mexikanische Revolution“ weltweit für Aufmerksamkeit sorgten, doch folgenswer: Die aufstrebenden Kräfte zerstörten die alten Gewaltapparate, stießen Umverteilungsprozesse an und hebelten die ehemals Herrschenden des Porfiriat aus (Moreno Brid/Ros 2009: 72f.). Während der Umwälzungsphase verringerte sich die mexikanische Bevölkerung um über 1 Mio. Menschen, die starben oder auswanderten (ebd.: 71). Unmittelbar hinterließ sie ein zersplittertes Territorium, das unterschiedliche *Caudillos* kontrollierten – die Vorherrschaft war zunächst umkämpft –, definierte juristische Eigentumsregeln neu (vgl. Roux 2005: 141), ließ die Agrarstruktur mit vielen Landlosen und hoher Besitzkonzentration zunächst aber weitgehend intakt.

Keineswegs hatte man es mit einer monolithischen postrevolutionären herrschenden Klasse zu tun. Drei Strömungen – die *Sonorenses* als Teil einer sich entwickelnden Bourgeoisie, deren Konsensfähigkeit sich auf ihre Arrangements mit beherrschten Sektoren stützte, die linken Flügel des *constitucionalismo*, für die die

---

33 Das liberale Porfiriat und die konservative *regeneración* in Kolumbien weisen Ähnlichkeiten auf, da sich in jener Zeit viele der später bestimmenden Produkte und Produktionszweige herausstellten; mit dem Unterschied, dass in Kolumbien die Herrschenden eben nicht mittels einer Revolution gewaltförmig ausgewechselt wurden und die Agraroligariche stark blieb.



Mobilisierung zur Landverteilung zentral waren, und eine militärisch geprägte Rechte – rangen weiterhin um politische Linien (vgl. Roux 2005). Die *Sonorenses* um Álvaro Obregón konnten die Verfassung von 1917 bereits stark beeinflussen. Dass sie als neue im Bürgerkrieg militärisch geprägte, u.a. aus Mittel- und Unterschichten stammende Gruppe von Regierenden den „Kern der späteren Revolutionselite“ (Tobler 2004: 71) ausmachten, erklärt Katz (1982: 37) damit, dass sich nur im Norden – eben z.B. in Sonora – tatsächlich unterschiedliche Klassenfraktionen (auch unzufriedene Mittelschichten, städtische Arbeiter) im Kampf gegen die Diktatur Díaz‘ zusammenschlossen. Der Aufstieg der Revolutionsteilnehmer veränderte die Zusammensetzung der herrschenden Klassen: Sie waren es, die „eine ideologisch hegemoniale Rolle [...] auch in eine relativ konsolidierte politische Dominanz umsetzen konnten“ (Imbusch 1988: 16), während sich die nur teilweise ruinierte ‚Oligarchie‘ des Porfirians damit arrangierte.

Obwohl die Regierenden ausgetauscht und Kollektivrechte auf Land und Streikrechte erkämpft und festgeschrieben wurden, sieht Roux (2005: 141f.) teils eine bloße „Transfiguration mit neuen Akteuren“. Sie ermöglichte entscheidende, im Porfiriat unmögliche Impulse für den mexikanischen Kapitalismus (vgl. Hesketh 2010: 389). Joseph und Nugent (1994) betonen, kritisch gegenüber der dominanten Geschichtsschreibung, subalterne Träger des mexikanischen *state-making* im Alltäglichen. Dem entgegen interpretieren Morton (2011), Hesketh (2010) u.a. die Mexikanische Revolution im Sinne Gramscis als ‚passive Revolution‘. Für letzteres spricht, dass gerade regionale Apparate die staatliche Integration durchaus gewaltsam gegen die außerhalb des Modells Stehenden durchsetzten, so z.B. im Krieg gegen die Yaqui-Indigenen in Sonora 1926 (Roux 2005: 178; vgl. Pansters 2012a): Auch nach der Revolution war das grundlegende politische Projekt nicht, partikulare Macht einzuschränken, wohl aber das Ringen zwischen verschiedenen aufsteigenden revolutionären Kräften um Vorherrschaft letztlich in einer Staatspartei zu verregeln und auf ihre eigenen Fraktionen zu beschränken. Die regionalen *caudillos* fügten sich dem Zentralstaat ein; im Gegenzug erhielten sie sich ihr Gewicht in lokalen Kräfteverhältnissen (vgl. Flores Pérez 2009: 88).<sup>34</sup>

---

34 Die Staatspartei sollte ab 1929 das Dilemma lösen, die entscheidenden Funktionen im Staatsapparat nicht aus den Händen der *familia revolucionaria* zu geben, obwohl sie in Erinnerung an Porfirio Díaz die Wiederwahl des Präsidenten selbst verboten hatte. Die „militärische Kaste“ bestimmte bereits die entscheidenden staatlichen Apparate und gab dem, was „sie als ihr Recht auf das Herrschaftsmonopol verstand“, die „Form einer Partei“ (Roux 2005: 167). Bereits die Finanzierungsstruktur schrieb die enge Verquickung von Staat und Partei fest, die klare Karrierewege (nur) innerhalb ihrer Strukturen etablierte und dissidente Gruppen kontrollierte – womit jede Opposition von vornherein Opposition blieb (Díaz Cayeros 2012: 238; vgl. Imbusch 1988: 17).

Gleichzeitig sollte die Revolution zum legitimierenden Referenzpunkt für den kapitalistischen Staat werden. Gerade die Tatsache, dass integrative Elemente gefunden und die Einbindung breiter Teile der subalternen Klassen in das Modell erreicht wurden – dafür war u.a. die Umverteilung von Land zentral (vgl. Roux 2005) – macht die Mexikanische Revolution, um mit Zavaleta (2009a) zu sprechen, zum „konstitutiven Moment“. Es ist wohl anzuerkennen, dass in der postrevolutionären Phase eine Art „overarching hegemonic project“ (Hesketh 2010: 390) gelang. Dieses „historische Projekt der nationalen mexikanischen Bourgeoisie“, der mexikanische Staat, betonen u.a. auch Oliver Costilla (2009: 71; vgl. Mallon 1995; Cockcroft 1983). Boris/Sterr (2002: 23) sprechen dabei von einem „durchaus inklusiven Korporatismus“, der Ergebnis eines langen, von unterschiedlichen Kräften umkämpften Prozesses war. Insofern konnte die Staatspartei PRI sich langfristig als die Organisation präsentieren, die alle Erfolge der Revolution in sich vereine (vgl. Ávalos Tenorio 2009b; Boris 1996; Meyer 1995), und die lange Phase relativer Stabilität mit der PRI als Klammer – die zwischen Repression, Konzessionen und teilweisen Partizipationsmöglichkeiten bzw. zwischen Beharrungsmomenten und Flexibilität austarieren konnte (Boris/Sterr 2002: 23) – wird kaum angezweifelt. „Sorgfältig abgestimmte materielle Konzessionen waren fest eingebauter Teil“ (Knight 1990: 30) dieses „institutionalisierten Herrschaftspakts“ (Roux 2005: 201) und reproduzierten Stabilität. Die breite Einhegung – und nicht ein fehlerhaftes Wahlsystem – wurden zur „Tragödie“ (Roux ebd.) jeglicher Opposition (vgl. Bartra 1984: 39f.). Die Einhegung gelang vor allem ab Mitte der 1930er Jahre unter Lázaro Cárdenas und mit der Umwandlung der damaligen Staatspartei in die noch heute bestehende PRI. Damit verlor allerdings, so Hamilton (1983: 255), auch die progressive Allianz um Cárdenas Ende der 30er Jahre ihre Möglichkeiten als Kraft für den Wandel. Im Gegenteil habe gerade diese Allianz die Gewerkschaftssektoren in eine Herrschaftskoalition kooptiert.<sup>35</sup> Die staatliche Funktionslogik lag im „asymmetri-

35 Für Hamilton (1983: 204) markiert dieser Zeitpunkt jedoch gleichzeitig einen beginnenden Rückzug der progressiven Kräfte im mexikanischen Staat. So verkündete Cárdenas im Dezember 1937 die Umwandlung der PNR in die neue Partei PRM (Partido Revolucionario Mexicano). Den Gewerkschaftsverband CTM ordnete die Regierung ebenfalls in den Parteizusammenhang ein, ermöglichte er doch, die Bewegung an den Staat zu binden: Die Partei bekam mit der (nun nicht mehr geografischen) Aufteilung in „Sektoren“ („Arbeiter“, „Bauern“, sector popular, kurzzeitig einem Militär-Sektor) klar korporative Züge (vgl. Flores Pérez 2009: 88f.; Díaz Cayeros 2012; Gilly 1971). Diese Kanalisierung nahmen die fragmentierten und heterogenen subalternen Kräfte – hatten sie doch im cardenistischen Flügel ihre Forderungen artikulieren können – unter dem Eindruck gestärkter Gegenkräfte in Kauf: Bereits seit Mitte der 30er Jahre formierten sich konservative und radikal rechte Strömungen (*sinarquistas*, PAN, *camisas doradas*) aus unterschiedlichen Klassenfraktionen (vgl. Gilly 1971: 353; Contralínea 2011a).

schen Tauschverhältnis“ (Boris 1996: 10), in der Umverteilung von Grund und Boden und in gewerkschaftlicher Organisation gegen politische Unterordnung. Nur mit dem Doppelcharakter des zwischen Autoritarismus und Flexibilität, Kooptation und Verhandlung changierenden Regimes wird verständlich, dass der langsame Umbau von Einzelmechanismen (so etwa die Wahlrechtsreformen von 1977) lange Zeit ausreichte, Demokratisierungsbestrebungen einzuhegen. Über viele Jahrzehnte verband sich mit dem Projekt eine teils nationalistische – und eben nicht plurikulturelle – Rhetorik über in der Revolution erkämpfte Rechte, appellierte aber auch an eine spezifische Vorstellung von „nationaler Entwicklung“ und „Moderne“ (Oliver Costilla 2009: 71), für die der staatliche Autoritarismus in Kauf zu nehmen war und für die indigene Forderungen nach „Selbstbestimmung“ nicht existierten, obwohl schon die Redewendung von „vielen Mexikos“ das Unverbundene (*lo abigarrado*) (Tapia 2010) verdeutlicht. Die ökonomisch-sozialstrukturelle Grenzziehung zwischen einem sich industrialisierenden Norden mit dem Zentrum Monterrey und einem relativ marginalisierten landwirtschaftlichen Süden – eigentlich bereits in der Díaz-Diktatur gesetzt – ist noch heute prägend, was sich in eine stärker im Norden verankerte wirtschaftsnahe Partei PAN und in eine fast räumlich greifbare Kolonialität (Quijano 2000b) übersetzte: Waren Zugang zu Kapital, Justiz, politischen Entscheidungszirkeln (auch) nach ethnischen Gesichtspunkten strukturiert, so waren indigene Bevölkerungssegmente in den südlichen Bundesstaaten Oaxaca, Guerrero und Chiapas klar benachteiligt.<sup>36</sup> Letztere band die PRI hauptsächlich über die *ejido*-Verwaltung ein.

### III.2.2 Wirtschaftsstruktur und Weltmarkteinbindung

Dynamiken im Verhältnis zwischen Staat und Kapitalfraktionen kristallisierten sich nach der Revolution im Festschreiben der staatlichen Schiedsfunktion durch eher konservative Kräfte 1927, aber auch in der Gründung des Arbeitgeberverbands COPARMEX als Interessenvertretung ab 1928. Steigende Reallöhne und die tatsächliche Umsetzung der in der Verfassung vereinbarten Arbeitsrechte veränderten zugleich das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit. Einerseits gab sich der Staat mit dem Bundesarbeitsgesetz von 1931 den rechtlichen Rahmen für die Kontrolle der Gewerkschaften. Diese konnten andererseits mit der Unterstützung staatlicher Stellen rechnen, wenn es um Forderungen wie die Einhaltung ausgehandelter Kollektivverträge ging, die die inneren Spielräume des Herrschaftspakts nicht überschritten (vgl. Brachet-Márquez 1994: 66f.). Damit war für Subalterne der Rahmen für weitere Forderungen begrenzt.

36 Erst in den 90er Jahren schrieb die Förderung bilingualer Bildung ein Zugeständnis an Indigene fest. Von 2003 datiert die Anerkennung indigener Sprachen als „Nationalsprachen“.

Erst mit der Weltwirtschaftskrise Anfang der 1930er Jahre vollzog sich in der Wirtschaftsstruktur ein grundlegender Bruch mit der Enklavenökonomie (vgl. Imbusch 1988: 15) und konstituierte sich der mexikanische „Entwicklungsstaat“. <sup>37</sup> Der Wandel fällt in die Regierungszeit Lázaro Cárdenas' (1934-1940). Die nach der Revolution gestärkten „nationalistischen“ Fraktionen innerhalb der herrschenden Klassen gründeten das mexikanische Entwicklungsmodell zunächst, zwischen etwa 1935 und den 60er/70er Jahren auf eine Kombination von Primärgüterexport, landwirtschaftlichem Export und interner staatlich koordinierter Industrialisierung. Die postrevolutionären Kräfteverhältnisse in den 30er Jahren, etwa innerhalb der cardenistischen Allianz, erlaubten es staatlichen Stellen, dem Kapital Beschränkungen aufzuerlegen und Hindernisse zu überwinden, die sich dem Umbau entgegenstellten (vgl. Hamilton 1983: 250). Eine im lateinamerikanischen Vergleich radikale Maßnahme der Regierung Cárdenas war 1938 die Enteignung der Erdölfirmen. <sup>38</sup> In einer sehr spezifischen Kräftekonstellation verstaatlichte die Regierung mit erklärter Unterstützung der Gewerkschaften, der Regierung nahen Finanzgruppen, der Judikative und sogar der katholischen Kirche den vollständigen Erdölsektor (ebd.: 211) und kurz danach die in privater Hand verbliebenen Eisenbahnen, enteignete exportorientierte *haciendas* und verhängte Ende 1937 Importzölle (Hamilton 1983: 210; vgl. Gilly 1971: 356f.). Der in staatlicher Hand zentralisierte Ölexport erlaubte die Umverteilung eines Teils staatlicher Renten, wobei die materiellen Zugeständnisse innerhalb der bestehenden Abhängigkeitsbeziehungen ohne Schulden langfristig kaum möglich waren (vgl. Hesketh 2010: 395).

So gelang es dem beginnenden „Entwicklungsstaat“ innerhalb spezifischer Kräftekonstellationen in wenigen Jahren, die Kontrolle über strategische Wirtschaftssektoren zu erlangen, Abhängigkeitsbeziehungen zu verändern und die Importsubstitution in die Akkumulationsstrategien zu integrieren. Für diese staatlich koordinierten Wirtschaftsstrategien war die Konsolidierung eines eng mit dem Staat verknüpften nationalen Unternehmertums und eine binnenmarktorientierte Industrie zentral (Anguiano 2010: 150f.). Gleichzeitig strebten die Regierungen durchgehend

---

37 Der krisenbedingte Rückgang des Außenhandels und der Ölproduktion machten staatliche Investitionen in die eigene Industrie notwendig. Tatsächlich wuchs ab 1932 der herstellende Sektor jährlich um über 8 %. Staatliche Infrastrukturprojekte integrierten zusehends als isoliert geltende Regionen wie den südlichen Teil Michoacáns in den nationalen Markt, das Straßennetz versiebenfachte seine Kilometerzahl. Die Regierung Cárdenas erhöhte die öffentlichen Ausgaben und schuf Schulen, Krankenhäuser, Wasserversorgung und Kommunikationsnetze (Abs. vgl. Moreno Brid/Ros 2009: 84, 88; Loyola Díaz/Martínez 2010: 30; Hesketh 2010: 393; Maldonado Aranda 2010a).

38 Zu Cárdenas' Amtsantritt war die mexikanische Erdölindustrie praktisch vollständig (98 %) in Hand von 16 ausländischen Firmen (u.a. Royal Dutch Shell, Standard Oil) (Roux 2005: 196; vgl. Hamilton 1983: 204).

letztlich eine kapitalistische Entwicklung mittels der Unterstützung von Kapitalakkumulation an, was etwa in der Kontinuität der Finanzpolitik (dem Wiederaufbau des Finanzsystems nach der Revolution) und der infrastrukturellen Unterstützung der Agrarindustrie sichtbar wird (Imbusch 1988: 44; vgl. Hamilton 1983: 250f.).

Die kurze Phase relativ größerer Spielräume der staatlichen Autonomie mündete in ein *reacomodo*.<sup>39</sup> Ab 1940 konnten sich mit Ávila Camacho (1940-1946) innerhalb der Staatsapparate wieder die den Kapitalgruppen und ausländischen Investoren nahestehenden Akteure konsolidieren. Der Zweite Weltkrieg beendete auch den Streit um die Erdölförderung.<sup>40</sup> Die folgende Phase prägte eine Strategie der importsubstituierenden Industrialisierung und die Akzeptanz für dieses Entwicklungsmodell. Miguel Alemán (1946-1952) suchte die Konsolidierung eines eng mit dem Staat verknüpften nationalen Unternehmertums und einer binnenmarktorientierten Industrie, u.a. verortet im nördlichen Monterrey (vgl. Loyola Díaz/Martínez 2010: 50; Servín 2010: 13f.). Der Staat hatte die denkbar günstigsten Bedingungen für den Privatsektor zu schaffen, dessen expandierende Konglomerate teilweise bereits seit dem Porfiriat bestanden. Das 1950 verabschiedete Gesetz über *Atribuciones del Ejecutivo en Materia Económica* sehen Loyola Díaz/Martínez (2010: 58f.; vgl. Servín 2010: 13) als weitreichendstes legislatives Instrument der Exekutive zur Intervention und Koordination der Wirtschaft, das Ein- und Ausfuhrbeschränkungen rechtlich verankerte, Preisobergrenzen und die Verwendung von Rohstoffen vorrangig für den Binnenmarkt festlegte. Konstant hohe Wachstumsraten und die rasche Industrialisierung in den 50er Jahren wurden als das *milagro mexicano* bekannt.<sup>41</sup>

Doch schon ab den 1960er Jahren bestimmten die binnenmarktorientierten Strömungen nicht mehr die Wirtschaftspolitik. So vernachlässigte staatliche Politik die Landwirtschaft trotz der zuvor bemerkenswerten Produktivität und der Tatsache, dass der Sektor erheblich zur Erwirtschaftung von Devisen und damit zur Industrialisierung beigetragen hatte. Das neu gegründete Ministerium für Nationale Güter, das staatliche Unternehmen koordinierte, und ab 1976 das Ministerium für Planung und Haushalt (SPP) schwächten unter Echeverría (1970-1976) und López

39 Eine neue Balance nach Verschiebungen in den Kräfteverhältnissen.

40 Denn mit ihrem Kriegseintritt banden die USA Mexiko 1942 mit einem Handelsvertrag in ihre Kriegsindustrie ein, bezogen Kupfer, Quecksilber, Blei, Zink und andere Rohstoffe aus Mexiko. Die Finanzmärkte wurden wieder geöffnet. Eine Folge war eine enorme Devisenanhäufung (Versechsfachung!) zwischen 1942 und 1946, die kaum genügend produktive Kanäle fand; zudem machte nach 1945 der Handel mit den USA wieder drei Viertel des mexikanischen Außenhandels aus (Loyola Díaz/Martínez 2010: 47, 36).

41 Während der Staat seine Ausgaben auf Investitionen in die Importsubstitution konzentrierte (Verwaltungs- und Militärkosten blieben niedrig) und ausländisches Kapital in neue Industriebranchen floss, vergrößerten die Mittelklassen ihren Anteil am Einkommen.

Portillo (1976-1982) als institutionelle Gegengewichte noch einmal kurzzeitig die Stellung des Finanzministeriums und beschnitten dessen Kompetenzen, besonders da das SPP die Mittelzuweisung an alle anderen Ministerien übernahm (Heigl 2011: 135).<sup>42</sup> Unzufriedenheit der Kapitalgruppen mit der Politik äußerte sich im aggressiven Auftreten des 1975 gegründeten Consejo Coordinador Empresarial (CCE) und ihrer Annäherung an die rechtskonservative PAN (ebd.: 17). Beispielhaft sind die Spannungen zwischen dem keynesianischen Planungsminister Carlos Tello und dem monetaristischen Finanzminister Julio Moctezuma. Der folgende Rücktritt beider trug letztlich zu einer Stärkung des Finanzministeriums im institutionellen Gefüge bei (vgl. Heigl 2011: 137ff.; Rousseau 2010). Spätestens ab Mitte der 70er Jahre machte sich somit die Erschöpfung der Importsubstituierenden Strategie bemerkbar – hierin liegt ein Erklärungsfaktor für die schwindende Macht der PRI: Trotz wirksamer Handelsbarrieren konnte sie die Produktion von Kapitalgütern nicht ankurbeln und die entsprechend der Produktion steigende Nachfrage nicht sättigen.<sup>43</sup>

Der politisch-gesellschaftliche Konsens fiel spätestens Anfang der 1980er Jahre auseinander, als das importsubstituierende Modell mit den drastisch fallenden Ölpreisen einen weiteren Teil seiner Grundlage verlor (Moreno Brid/Ros 2009: 121; vgl. Brachet-Márquez 1994: 132; Heigl 2011; Boris 1996). Die mexikanische Schuldenkrise von 1982<sup>44</sup> und die ihr folgenden einschneidenden Regierungspro-

42 Die zwischen Liberalisierung und Intervention schwankende Politik scheiterte spätestens, als 1976 erstmals seit den 1940er Jahren der Peso abgewertet wurde -- um ca. die Hälfte. Die Stabilität des Wechselkurses war bisher Symbol für Mexikos politische Stabilität gewesen (Escobar et al. 1982). Die Kapitalgruppen reagierten trotz der weiterhin niedrigen Unternehmenssteuern mit Kapitalflucht und Investitionsabfall; sogar Militärputschgerüchte kursierten (Imbusch 1988: 28ff.; Moreno Brid/Ros 2009: 125; Hesketh 2010: 398).

43 90% der benötigten Maschinenteile kam weiterhin von außen (Moreno Brid/Ros 2009: 117).

44 Die Tatsache, dass hohe Zinsen in den USA mexikanisches Kapital anzogen, andererseits aber die Zinsdienste für Kredite, die der mexikanische Staat aufgenommen hatte, überproportional und rasch angehoben wurden (Imhof 2003: 99), machte die ungezügelte Kreditvergabe der 1970er Jahre zum Problem: Die Auslandsschulden lagen Ende 1981 bei 72,2 Mrd. mit einem problematisch großen Anteil kurzzeitiger Kredite (Moreno Brid/Ros 2009: 136). Die Verschlechterung der Terms of Trade für unverarbeitete Produkte (deren Folge sinkende Deviseneinnahmen bei steigendem Bedarf waren) und das der Importliberalisierung folgende Handelsbilanzdefizit (hohe Kapitalgüter-, steigende Nahrungsmittelimporte) sorgten für Krisenerscheinungen (vgl. Imbusch 1988: 33f.). Der Inflationsdruck hatte sich massiv verschärft und lag 1980 bei 25 % (ebd.: 133); die Kapitalflucht nahm ungeahnte Ausmaße an (über 20 Mrd. US\$ in etwa 18 Monaten 1981/1982) (Imbusch 1988: 33; Moreno Brid/Ros 2009: 137). Mexiko musste 1982 die

gramme bzw. die „Strukturanpassung“ des IWF öffneten Spielräume für finanzmarkt-<sup>45</sup> und außenorientierte Kapitalkräfte (auch aus Mexiko), die bereits seit Jahren einen Wandel der Regulation – die Produktions- und Exportstruktur, Handels-, Industrie- und Investitionspolitik, Lohnverhältnis, soziale Sicherung betraf – und damit das endgültige Ende der Importsubstituierenden Industrialisierung durchzusetzen suchten. Dieses politische Projekt ging weit über eine reine „Schuldenkrise“ hinaus (vgl. Boris 1996: 20ff.) – doch internationale Paradigmen machten die Zahlung der Auslandsschulden zur Priorität. Der Schuldendienst machte weitere Kredite zu nun sehr schlechten Konditionen nötig, u.a. Debt-for-Equity-Swaps (Imhof 2003: 106). Die orthodoxe Stabilitäts- und Austeritätspolitik erlaubte nur eine langsame wirtschaftliche Erholung, obwohl das Handelsbilanzdefizit sich durch die Öl-exporte innerhalb weniger Monate in einen Überschuss von 7,1 Mrd. US\$ verwandelte (Moreno Brid/Ros 2009: 150). Laut Moreno Brid/Ros (ebd.: 148f.; Boris 1996: 20ff.) stach die mexikanische „Strukturanpassungspolitik“ unter de la Madrid (1982-88) dadurch hervor, dass die Reduzierung öffentlicher Ausgaben und der „Abzug von Investitionskapital im Inland“ (Imhof 2003: 106) um 40% besonders einschneidend waren.

Diesen historischen Übergang definiert Anguiano (2010: 59) als Reorganisation von oben, die „die materielle Basis der Herrschaft zunächst schwächte und dann veränderte“. Basis des zeitweise durchaus konfliktiven Umbaus war stattdessen langfristig die Artikulation einer Allianz mit Großunternehmen, womit der Staat die Spielräume der eigenen Autonomie relativ abbaute. Finanzmarktorientierte Kräfte konnten – mit der Schuldenkrise als Zeichen des Scheiterns des ‚alten‘ Mexiko – einen strukturellen Wandel der Produktion vorantreiben und ihre Vorstellung von der Rolle der verschiedenen Akteure – besonders eine fundamentale Neu-Definition

---

Zahlungsunfähigkeit und ein Schuldenmoratorium erklären. Die Zentralbank, die lange den Peso-Wert zu stützen versuchte, musste sich „angesichts der drohenden Erschöpfung ihrer Reserven im Februar 1982 vom Devisenmarkt zurückziehen“ (Ehrke 1983 in Imbusch 1988: 33f.).

- 45 Zwar mag es widersprüchlich scheinen, dass die harte Austeritätspolitik auf der einen Seite von einer Verstaatlichung der Banken auf der anderen Seite begleitet wurde, die López Portillo 1982 noch verkündete und die den Interessen der finanzmarktorientierten Gruppen frontal zu widersprechen schien. Angesichts der eigentlich engen Beziehungen zwischen Regierung und Kapitalgruppen war die Bankenverstaatlichung zunächst ein Affront, wurde aber durch großzügige mit den Bankeneignern verhandelte Entschädigungen, die nur zehn Jahre später durchgesetzte Reprivatisierung und ein sich entwickelndes paralleles Finanzsystem bald entschärft. Der Bruch der engen Verflechtungen zwischen Exekutive und Kapitalgruppen war daher trotz ihrer Schärfe „nur eine kurze Phase“ (Anguiano 2010: 126f.; Imhof 2003).

der Rolle des Staates in der Wirtschaft – verankern (vgl. Rousseau 2010: 254).<sup>46</sup> Doch ihr Projekt war auch innerhalb der alten Herrschaftsapparate bzw. der „revolutionären Familie“ nicht unumstritten (vgl. ebd.: 263; Fazio 1996: 27; Meyer 1995). Zumindest eine Zeitlang standen sich im Ringen um Rolle und apparatives Gefüge des Staates zwischen 1988 und 1994 eine traditionell verankerte, korporativistische (ehemals in der PRI dominante) Fraktion und eine Fraktion autoritär-neoliberaler Technokraten gegenüber, wenn auch die Grenzen nicht immer ganz klar zu ziehen sind. Keine dieser Fraktionen verfolgte ein demokratisches Projekt, und die *cacicazgos* bestanden fort (vgl. Fazio 1996: 27; Flores Pérez 2009: 91). Die Politik der radikalen Handelsliberalisierung konnte trotz steigender Exporte kaum die tiefliegenden Probleme der mexikanischen Wirtschaft – fehlende langfristige Investitionen und (technologische) Innovationen – beheben oder als Katalysator wirken, denn sie schuf keine internen Wertschöpfungsketten, und ca. 80% der Nettokapitalzuflüsse seit Beginn der 90er Jahre flossen in volatile Anleihen und Portfolio (vgl. Teichman 1995):

Dies war „certainly [...] inadequate to develop Mexico's potential as an export platform of manufacturers over and above the assembling activities dependent on the tax-free entry of temporary imports to be reexported“ (Moreno Brid/Ros 2009: 166, 181ff.; Oliver Costilla/Castro 2005: 58).

Hesketh (2010: 385) interpretiert die „neoliberale Wende“ der 1980er Jahre wie die Revolution von 1910 gramscianisch als ‚passive Revolution‘.<sup>47</sup> Der offizielle „Modernisierungs“-Diskurs betonte damals die Herauslösung der Unternehmen aus einer aufgeblähten staatlichen Bürokratie (*desincorporación*). Hatte die jahrzehntelange Revolutionsrhetorik gerade die koordinierende Rolle des Staates in der Wirtschaft hervorgehoben, so ersetzte Präsident Salinas (1988-94) das damit verbundene Versprechen von Wohlstand durch eines von Freiheit, Demokratie und staatsbürger-

46 Fundamental für die Neuzusammensetzung der Finanzgruppen und neuen Kräftekonstellationen innerhalb der herrschenden Klassen waren die Gründung des *Fideicomiso para la Cobertura de Riesgos Cambiarios* (FICORA, Trust für die Deckung von Wechselkursrisiken) und die Privatisierungen der *casas de bolsa*, ebenso wie die bereits vollzogene Sortierung des staatlichen Personals, das sich nun verstärkt aus im Ausland ausgebildeten, weltmarktorientierten Wirtschaftsfachleuten „neoliberal“-technokratischer Ausrichtung rekrutierte (vgl. Heigl 2011; Teichman 1995; Fairbrother 2007; Imhof 2003).

47 Hesketh (2010: 386f.) betont die Ambivalenz, in der Mexiko einerseits von der „Erfahrung des Kolonialismus“ geprägt und die Produktion staatlichen Raums „von vornherein stark von internationalen Kräften bestimmt“ wurde, und andererseits die Art und Weise entscheidend war, in der gesellschaftliche Kräfte in diesen Prozessen „innerhalb des nationalen Settings“ Initiative ergriffen oder reagierten.



lichen Rechten (vgl. Rousseau 2010: 265; Vázquez Castillo 2004: 86). Protest gegen die Politik war nicht nur im „Anstieg der Arbeitslosigkeit, Stagnation oder Fall der Realeinkommen“ begründet, „sondern die spezifische Leistung des ‚revolutionären Regimes‘, im Prinzip jedem in Mexiko ein Stück Land, einen Schulplatz, Trinkwasser, Krankenversorgung, eine Wohnung etc. in Aussicht zu stellen (‚Faktor Hoffnung‘), [wurde] fast vollständig infrage gestellt“ (Boris/Sterr 2002: 25). Die Krisenjahre ließen die Mittelklasse relativ ärmer werden; zwischen 1984 und 89 traten Einkommenspolarisierungen deutlicher zutage: Die Zahl der armen Haushalte stieg um ca. 10 Prozentpunkte auf 48 % (vgl. Moreno Brid/Ros 2009: 265). Der Symbolismus, der sich auf die „Revolutionsfamilie“ und den Entwicklungsstaat stützte, die „Gründungsmythen“ jenes mexikanischen *momento constitutivo* (Zavaleta 2009a), scheinen mit der Krise tatsächlich gescheitert.

### III.2.3 Der Faktor Land: *Ejidos* oder Agrarindustrie?

Immer wieder erkämpften und verteidigten afromexikanische wie indigene Gemeinden vor und nach der Unabhängigkeit autonome Territorien (vgl. Vinson 2009: 3ff.). Beispiele sind San Lorenzo de los Negros in Veracruz, Maya-*territorios* in Quintana Roo oder Gemeinden in Guerrero und Oaxaca in der Pazifikregion. Staatlich-räumliche Strategien der Legislation machten Land vor allem im Porfiriat zur handelbaren Ware, in die ausländische Investitionen fließen konnten.<sup>48</sup> Laut Katz (1982) verloren bis 1910 mehr als 95% der kollektiv verwalteten, häufig indigenen Gemeinden ihr Land. Hier zeigt sich, dass im Produktionsmittel Land ein Kernproblem auch für die mexikanische Staatsformation liegt, Landbesitz wohlgeordnet

---

48 Dafür gab der Staat zwischen 1878 und 1908 30 Mio. Ha in Besitztiteln aus (Moreno Brid/Ros 2009: 63f.; vgl. Roux 2005: 88). Die Vergabe von *terrenos baldíos* (nicht bewirtschaftete Landflächen in Staatsbesitz) an Privatleute und Unternehmen schloss Ländereien in kollektivem Gemeindebesitz (*propiedad comunal*) ein. Das Gesetz Ley de Baldíos von 1894 erlaubte, existierende Gemeinschaftsverwaltungen (*ejidos*) besonders in Sonora, Coahuila und Chihuahua aufzuteilen (ebd.: 95). Das Porfiriat erkannte die kollektive Verwaltungseinheit der Gemeinden (*corporaciones civiles*) nicht mehr als juristische Person an und verunmöglichte ihnen Landbesitz (vgl. Bobrow-Strain 2007: 77ff.). Roux (2005: 95; vgl. Katz 1982: 26–32) spricht daher von der Umstrukturierung der Agrarstruktur in den letzten Jahren unter Díaz, die in Zentral-/Süd Mexiko (etwa in der Zuckerindustrie im Bundesstaat Morelos) einer Proletarisierung und Enteignung, im Norden der Formierung von lohnabhängigen Saison-Landarbeitern entsprach.

als gesellschaftliches Verhältnis verstanden (Roux 2005: 62; Zavaleta 2009a).<sup>49</sup> Auch hier geht die gesellschaftliche Rolle von Land gerade für indigene Gemeinden weit über ein einfaches Produktionsmittel hinaus.<sup>50</sup> Roux (ebd.: 104ff.; vgl. Hamilton 1983; Tobler 2004) ordnet den heterogenen Kräften, die in der Revolutionsphase gegen Díaz und später gegeneinander kämpften, unterschiedliche politische Projekte zu, die sich alle zum Thema Landbesitz positionierten.<sup>51</sup> Doch die postrevolutionäre Phase regelte die Beziehungen auf völlig andere Weise als in Kolumbien: Die Figur des *ejido* entzog kleinbäuerliches Land zumindest teilweise kapitalistischen Wirtschaftskreisläufen; die Verregelung verhinderte – wenn auch nicht völlig

49 Die Umwälzung der mexikanischen Agrarstrukturen während des Porfiriats hat in Kolumbien wiederkehrende Zyklen von Siedlungsbewegungen und gewaltsamer Aneignung von Land im 19. Jahrhundert zum Gegenstück.

50 Ähnlich wie in der heutigen Vorstellung von *territorio* (Kap. 1.3) hält Roux (2005: 62) fest, dass „[d]ie Gemeinde nicht nur einen Modus von Besitz und Nießbrauch der tierra“ repräsentierte, „sondern eine Form gesellschaftlichen Verhältnisses: ein Modus der gesellschaftlichen Interaktion, in dem Handlungen und Gefühle selbstverständlich waren, ein Verständnis von Leben und Tod, eine Vorstellung von sich und anderen, ein Verhaltenskodex, eine Art Politik zu machen und eine öffentliche Moralvorstellung.“

51 Besonders Venustiano Carranza, der sich 1913 nach dem Sturz Huertas zum Interimspräsidenten machte, und die bäuerliche Mobilisierung um Emiliano Zapata, deren Zentrum sich im südlichen Bundesstaat Morelos lokalisieren lässt, standen sich ab 1915 gegenüber. Carranza vertrat diejenigen, die die kapitalistische Entwicklung auf Basis von Privatbesitz weiterzutreiben suchten. Das antikapitalistische Projekt der südlichen bäuerlichen Aufstandsbewegung hatte die Rückgabe von Land an Gemeinden und deren autonome lokale Verwaltung zum Ziel: Sie einte ein antiklerikales, nationalistisches Projekt mit einer gerechteren Landverteilung und unterschiedlichen Modellen von Landbesitz als zentralen Elementen der Revolution; mit dem Plan de Ayala von 1911 proklamierten sie einen radikalen Bruch mit der kapitalistischen Tauschlogik. In der zapatistischen Vorstellung hat Land keinen Tausch-, sondern nur Gebrauchswert, kann also nicht veräußert werden. Die Entscheidung, ob es kollektiv oder individuell bestellt wird, wird auf lokaler Ebene getroffen (vgl. Roux 2005: 110f.). Ein drittes Projekt des progressiven Konstitutionalismus blieb innerhalb des Horizonts einer kapitalistischen Gesellschaft, machte aber Angebote zur Veränderung der Eigentumsbeziehungen. Dem Grundbesitzer Francisco Madero ging es nie um die Zerschlagung großer Haciendas, „was ich nie gedacht oder in meinen Reden angeboten habe“ (Madero in ebd.: 106), auch wenn er kleinbäuerlichen Landbesitz als Entwicklungskatalysator ansah. Obwohl Villa und Zapata nach 1915 zeitweise gemeinsam die revolutionären Truppen um die Sonorensen Álvaro Obregón und Carranza bekämpften (vgl. ebd.: 69f.), vertrat Villa eher die Vorstellung einer Entwicklung mithilfe von Agrarunternehmen parallel zu kleinen Parzellen in Privatbesitz (ebd.: 105f.).

– gewaltsame Aneignungen (vgl. Roux 2005: 190ff.). Die Agrarreform war tragendes „Diskurselement“ (Mallon 1994: 73) der postrevolutionären Phase und musste, obwohl die Umsetzung regional sehr unterschiedlich verlief, die Vorstellung der Grundbesitzer von Produktion, die sich auf das ‚Urbarmachen‘ und auf Kapitalakkumulation durch Landwirtschaft stützte, unterminieren – waren doch in ihrem eigenen Narrativ sie selbst diejenigen, die ‚Natur‘, wo zuvor ‚niemand‘ war, in ‚produktives‘ Land verwandelten, während die ‚Anderen‘ aus kulturellen Gründen ‚unproduktiv‘ blieben (vgl. Bobrow-Strain 2007: 161ff.). Tatsächlich war die Landverteilung über Jahrzehnte weit weniger ungleich als in den meisten lateinamerikanischen Ländern.

Dennoch zeigen sich gerade im *ejido* die Widersprüche der postrevolutionären Politik. Die Phasen in der mexikanischen Geschichte, in denen die Agrarpolitik dem Revolutionsmythos und der rhetorischen Unterstützung annähernd gerecht wurde, waren kurz.<sup>52</sup> Tatsächlich waren kollektiv bewirtschaftete *ejidos* eine kleine Minderheit; 95% der *ejido*-Flächen waren individuell bewirtschaftete und in die kapitalistischen Wirtschaftskreisläufe integrierte Parzellen (ebd.: 362; Vázquez Castillo 2004). Während es Kredite und Infrastrukturimpulse für *ejidos* gab, behielten Latifundistas häufig ihren lokalen politischen Einfluss und die besten Böden (Gilly 1971: 362f.). Die alten Abhängigkeitsverhältnisse blieben bestehen, wenn *ejido*-Haushalte ihr Einkommen durch zusätzliche Lohnarbeit in größeren Agrarunternehmen aufbesserten. Insofern waren *ejidos* einerseits integratives Herrschaftsmoment und statt dem Ort der politischen Artikulation und Partizipation eher Legitimationsraum eines übergreifenden Zentralstaates,<sup>53</sup> produzierten aber wie die Agrarindustrie einen Teil der im Land benötigten Nahrungsmittel (Mallon 1994: 89; vgl. Bobrow-Strain 2007: 172f.). Zugleich mussten angesichts der schwachen Steuerbasis Mittel für die importsubstituierende Industrialisierung aus Agrarexporten kommen. Exportorientierte *haciendas* (z.B. in der Zuckerindustrie) wurden häufig von der Enteignung ausgenommen; Großgrundbesitzer konnten ihre Tätigkeiten in

52 Erst die Regierung Cárdenas verteilte etwa 18 Millionen Hektar, mehr als insgesamt seit Beginn der Revolution (Moreno Brid/Ros 2009: 86). Dann machten Ejidos etwa 45 % der mexikanischen Agrarfläche aus (Gilly 1971: 362).

53 Die Repräsentationsorgane für die Bauernschaft waren zugleich Organisierungsmöglichkeit wie Herrschaftsinstrument (vgl. Gilly 1971: 365; Anguiano 2010: 38; Bartra 1976: 130): Alle *ejidatarios* wurden obligatorisch Mitglieder in der 1936 gegründeten CNC (Confederación Nacional Campesino). Das von der *Ejido*-Versammlung gewählte Kommissariat als Verwaltungs- und Repräsentationskanal zu korrumpieren wurde alltägliche Praxis (ebd.: 362). Kollektiv wirtschaftende indigene Gemeinden mit der Forderung nach Land und Autonomie mussten dies widersprüchlich wahrnehmen (vgl. Moreno Brid/Ros 2009: 86; Roux 2005; Gilly 1971; Mallon 1994).

Richtung Finanzsektor, Bauwirtschaft oder Industrie diversifizieren (vgl. Hesketh 2010: 393).

Ab den 1940er Jahren waren die Ejidos der Logik kapitalistischer Industrieakkumulation untergeordnet.<sup>54</sup> Laut Schüren (2003: 80) etablierten sich agrarindustriell organisierte Neo-Latifundien: In Chiapas, Veracruz und Yucatán diente ab 1940 wie in Kolumbien die Umwandlung von Haciendas in boomende Rinderfarmen – die den wachsenden Fleischkonsum der städtischen Bevölkerung bedienten – als Antwort auf die Landreformen, die indirekt die Arbeitskräfte verteuerten (vgl. Bobrow-Strain 2007: 109f.). *ejido*-Sektor und kleinbäuerlicher Landbesitz beschäftigten noch in den 1960er Jahren 70 % der ländlichen Arbeitskräfte, erhielten aber nur 38 % der Agrarinvestitionen. Bis 1990, so Díaz Cayeros (2012: 244), wurde über die Hälfte des mexikanischen Territoriums verteilt, obwohl nur ein kleiner Teil des Bodens für die Landwirtschaft geeignet und die bäuerliche Wirtschaft somit von staatlichen Subventionen und Düngemitteln abhängig blieb.

Die Verfassungsänderung von 1992 stellte die Idee eines ‚sozialen Landsektors‘ auf den Kopf und öffnete das Feld für die Transformation der Besitzverhältnisse und Kapitalisierung im Agrarsektor, ob durch Kauf und Verpachtung von Land, den Zusammenschluss mit Privaten oder die offene Vertreibung von Kleinbauern und Gemeinden (Anguiano 2010: 154; vgl. de Ita 2006; Lozano Tovar et al. 2009). *Ejid*-dos und staatliches Land, die grundlegend für die Stabilität der binnenmarkt-orientierten Strategie gewesen waren, „wurden jetzt zu Räumen, mittels derer das Kapitalverhältnis ausgeweitet werden konnte“ (Hesketh 2010: 401). Der Faktor Land als materielle Basis des Herrschaftsverhältnisses – laut Roux (2005) wichtiger als das Lohnverhältnis! – veränderte sich grundlegend. Die Akzeptanz des sogenannten PROCEDE-Programms in kleinbäuerlichen Sektoren war gering (de Ita 2006: 158); die indigenen Zapatistas (EZLN) in Chiapas nannten diese Inwertsetzung von Land einen wesentlichen „Katalysator in den Gemeinden“ für ihren bewaffneten Aufstand ab 1994. Sie habe den legalen Zugang zu Land praktisch versperrt (Subc. Marcos zit. in Fazio 1996: 132). Ihre Rebellion war u.a. direkte Antwort auf die Umstrukturierungen im ländlichen Raum. Die Regierung bekämpfte die EZLN zwar umgehend militärisch und mithilfe des Geheimdienstes CISEN und paramilitärischer Gruppen, konnte aber in der komplizierten Gemengelage kaum offen militärisch vorgehen (Fazio 1996; Sterr 2008): Es standen sich erstens ein Projekt der radikalen wirtschaftlichen Umstrukturierung, zweitens eine junge Auf-

54 Die Partei unterstützte *ejidos* zwar rhetorisch, ordnete sie aber klar der Logik kapitalistischer Industrieakkumulation unter. Kollektiv wirtschaftenden *ejidos*, die nun eher als Entwicklungshemmnis galten, entzog sie die Kreditunterstützungen und die gerade im Norden wichtige Kontrolle über die Wasserversorgung, während sie für Privatbesitz der Kreditzugang erleichterte und durch *certificados de inafectabilidad* ganze Sektoren vor der Enteignung schützte (vgl. Loyola Díaz/Martínez 2010: 51).

standsbewegung bisher unbekannter Form, die die internationale Aufmerksamkeit auf sich zog und explizit Elemente der wirtschaftlichen Umstrukturierung kritisierte, drittens die Herrschaft einer seit Jahrzehnten autoritär regierenden Staatspartei und viertens mit der neu entstandenen PRD eine neue linksliberale Partei gegenüber, die sich trotz gegen sie gerichteter Gewalt als politische Kraft etablieren konnte (vgl. Fazio 1996: 35; Meyer 1995).

Doch besonders das Zusammenspiel der Verfassungsänderung mit den Konsequenzen der Marktöffnung und des Freihandelsvertrags veränderte die Bedingungen für Landbesitz: Die Abschaffung von Preisgarantien für viele Grundnahrungsmittel und die Importliberalisierung sorgten für massiven Nahrungsmittelzustrom aus den USA. Subventionsprogramme wie PROCAMPO und Investitionsprogramme zur Produktivitätssteigerung federten die Auswirkungen kaum ab (vgl. Moreno Brid/Ros 2009: 171f.; Anguiano 2010; Roux 2005): Große Teile der Bauernschaft konnten ihr Überleben auf den fragmentierten Parzellen nicht mehr sichern, so dass eine der größten grenzüberschreitenden Wanderbewegungen der Welt heute von Mexiko und Zentralamerika in die USA stattfindet. Viele mexikanische Familien decken essentielle Ausgaben über Rücküberweisungen von Angehörigen ab. Nur in Chiapas mündeten die indigenen Kämpfe um Land Mitte der 90er Jahre teilweise doch in die geregelte Enteignung großer ungenutzter Privatflächen (vgl. Bobrow-Strain 2007: 139ff.).<sup>55</sup>

### III.2.4 Im Kern informeller Machtbeziehungen: Dispersion der Gewalt

Die „Unverbundenheit der Gesellschaft“ (Zavaleta 2009a) und „Dispersion der Gewaltmittel“ resultierte in „Gelegenheitsstrukturen für lokale politische Machtzentren“ (Müller 2012: 34). Auf regionaler Ebene ist der Gouverneur noch heute Schlüsselakteur, Mittler und Kontrollinstanz zwischen institutionellen Ebenen (Rivelois 2004: 263). Deshalb ist es wesentlich, nach fortbestehenden Ausbeutungs-

---

55 Bobrow-Strain (2007) interpretiert die veränderten Produktionsverhältnisse als Grundlage veränderter Kräfteverhältnisse in Chiapas, als zwar die Verknüpfung zwischen landbesitzenden herrschenden Fraktionen, repressiven Produktionsregimen und Gewalt bestehen bleibe (ebd.: 4), viele Landbesitzende aber im Spannungsverhältnis zwischen nun organisierten indigenen Kämpfen um *territorio* und schwindenden Perspektiven für ihre langjährige Rinderwirtschaft standen. Sie stellten offensichtlich nicht mehr den entscheidende ‚intermediäre‘ Nexus zwischen ländlichem Raum (Indigenen) und Staat dar (ebd.: 9f.). Dies verdeutlicht sowohl die materiellen Bedingungen der Konflikte in Chiapas als auch ethnisierende Konstruktionen von Produktivität bzw. diskursive Versuche der Landbesitzenden, die eigene Position im Herrschaftsverhältnis zu legitimieren.

verhältnissen der mit der Revolutionsfamilie unverbundenen Gesellschaftssegmente zu fragen. Einerseits wurde Gewalt durchgehend gegen die „außerhalb Stehenden“ eingesetzt (vgl. Pansters 2012a); andererseits fanden sich Subalterne durchaus in „Mittler“-Institutionen wie Gewerkschaften wieder (vgl. Zavaleta 2009a). Im strengen Wortsinn war die PRI zunächst weniger eine politische Partei als vielmehr eine Zentralagentur, die den mexikanischen Staat als Ganzen verkörperte. Wahlen dienten dabei nicht dazu, die Regierung mit einer tatsächlichen Opposition zu konfrontieren, sondern Loyalität zu erneuern, wozu wie während des Porfiriats u.a. die Korruption diente (vgl. Meyer 1977: 4ff.). Schlüsselement war eine Exekutive mit enorm weitreichenden Kompetenzen. Die Vorherrschaft der Exekutive über Judikative und Legislative hatte sich mit der Revolution nicht geändert; beispielsweise widersprach der Oberste Gerichtshof den Maßnahmen der post-revolutionären Präsidenten der PRI mit wenigen Ausnahmen nie (vgl. ebd.: 11), u.a. da der Präsident das Personal der Judikative teils bestimmte (vgl. Flores Pérez 2009: 89; Sterr 2008: 24). Die Absorption der radikaleren linken Kräfte in die Staatspartei (oder den parteiförmigen Staatsapparat) verhinderte eine linke Opposition außerhalb, das Einbeziehen der moderaten und rechtsgerichteter Kräfte verhinderte eine weiter gehende Politik bereits unter Cárdenas (vgl. Hamilton 1983: 253). Die vorhandenen Arbeiterorganisationen und Kanäle zementierten korporativistische Repräsentation, während die herrschenden Fraktionen alles einhegten, was in eine vom Staat unabhängige Organisierung der Arbeiterbewegung hätte münden können (Díaz Cayeros 2012: 250; vgl. Gilly 1971: 347ff.).

Das Präsidentenamt (nicht die Person des Präsidenten) stand als paternalistische Institution praktisch über der Verfassung und war integrativer Bestandteil des Modells (vgl. Ávalos Tenorio 2009b: 62–67). Zwar sind sich die Autor/-innen einig, der jeweilige Präsident habe Einfluss auf die politischen Karrieren praktisch aller Parteimitglieder und über die Aufstellung von Kandidaten auch auf die beiden parlamentarischen Kammern gehabt. Maldonado (2012: 7) warnt jedoch davor, das PRI-Modell allzu zentralistisch, personalistisch und homogen zu sehen, sondern schließt sich Serrano/Palacios (2010) und Flores Pérez (2009) an, dass der Staat weiterhin in einer Art politischen „Arbeitsteilung“ (Braig/Müller 2008: 391; vgl. Knight 1990: 4ff.) lokalen Herrschaftsapparaten strategische Konzessionen gewährte. Gerade die Flexibilität des PRI-Regimes und der „metropolitanen“ Koalition (Braig/Müller 2008: 391) konnte lokale und regionale *Caciques* in permanenter Aushandlung über lange Zeit einbinden (vgl. Maldonado Aranda 2010a). Diese regional herrschenden Fraktionen regierten den ländlichen Raum mit verhältnismäßig großer Autonomie<sup>56</sup> und agierten immer wieder in Grenzräumen des Legalen/Illegalen – der Zentralstaat tolerierte durchgehend deren individuelle Akkumulations-

56 Hier spielten Grundbesitzer als Intermediäre weiterhin eine Rolle.

tätigkeit, illegale Praktiken und den Einsatz selektiver Gewalt (vgl. Müller 2012: 35).

Allgemein unterlaufe Informalität beständig die formal-legale Dimension, und einerseits diente der Rückgriff auf formal-legale Ressourcen immer wieder dazu, in informelle Politiken zu intervenieren, andererseits konstituierte der rechtliche Bereich in Mexiko ein „Terrain, wo ‚illegale Praktiken Gesetze produzieren und extra-legale Lösungen in den rechtlichen Prozess transferiert werden‘“, so Müller (2012: 36). D.h., Gesetze garantierten keineswegs die Einhegung der Machtausübung gegenüber den Beherrschten (Flores Pérez 2009: 85). Wenn auch auf die Revolution als zentralem diskursivem Element zur Einbindung der Subalternen immer wieder zurückgegriffen wurde, so blieb politische Gewalt neben der „systematischen Abwertung oppositioneller politischer Betätigung“ (Sterr 2008: 24) als Instrument zentralstaatlicher Apparate bestehen, um oppositionelle Kräfte zu desartikulieren. Diese brachten ohnehin das Modell PRI bis 1968 nie in Bedrängnis (Flores Pérez 2009: 92; Sterr 2008: 24),<sup>57</sup> obschon ab den 1950er Jahren die repressiven Elemente zur Kontrolle dissidenter Gruppen deutlich in den Vordergrund traten. Roux (2005: 214) zufolge funktionierte die Gewerkschaftsbükratie nun teilweise als „direkte Transmissionsriemen des Kapitals in die Gewerkschaften“.<sup>58</sup> Zugleich war staatliche Politik über die offiziellen Arbeiter- und Bauernorganisationen kanalisiert, so dass eine Nicht-Mitgliedschaft massive Nachteile bringen konnte (vgl. Díaz Cayeros 2012: 246):

„Die Gewerkschaftsführungen, die Kooptation ablehnten [...], wurden zerschlagen und verfolgt, Aktivisten und Politiker waren Einschüchterungen und Gewalt ausgesetzt, Repression in vielfältiger Form erledigten die Bükratien selbst (*grupos de choque*, schwarze Listen, Bestrafungen, Ausschlussmechanismen oder der legalisierte Entzug der Mitgliedschaft [...]) und weitere differenzierte Organe des Staates (Ministerien, die mit sozialen Fragen betraut waren, Justiz- und Repressionsorgane).“ (Anguiano 2010: 43).

57 Zunächst hatte in den 60er Jahren das gefestigte PRI-Modell den größten Erfolg. Moreno Brid/Ros (2009: 107f.) belegen die Verbesserung der Lebensstandards. Zwischen 1960 und 1970 vervielfachte sich die Zahl der Fernsehgeräte, Telefone und PKWs, die Armutsrate fiel von 64,3 % (1956) auf 24,3 % (1968) (ebd.: 111f.). Dennoch wuchsen die Real-löhne nicht entsprechend (Boris 1996); langfristig forderten die veränderten Sozialstrukturen, etwa die ausdifferenzierte städtische Mittelschicht mit besserer Bildung, Veränderungen in den Herrschaftsmodalitäten. Stattdessen wurden Räume der Aushandlung von Kompromissen weiter geschlossen.

58 Das Arbeitsministerium schrieb sich in das veränderte Arbeitsgesetz ein Vetorecht bei der Besetzung der Gewerkschaftsführungen hinein. Kooptationsstrategien verkehrten die Funktion der Vertretungsgremien als Repräsentation der Basis und bezogen sie stattdessen in die Partei-Strukturen ein.

War das Projekt vorher nahezu hegemonial gewesen, so zeigten sich jetzt Risse: Als 1968 während der Präsidentschaft von Díaz Ordaz (1964-1970) staatliche Kräfte demonstrierende Studierende in Mexico-Stadt (Tlatelolco) erschossen und dabei irreguläre paramilitärische Kräfte wie das Batallón Olimpia einsetzten, war dies ein Wendepunkt (vgl. Anguiano 2010: 19ff.). Die alte Ordnung begann zu splintern. Paramilitärische Gruppen oder allgemein extralegale Gewaltakteure wurden auch in Mexiko bei praktisch garantierter Straflosigkeit immer wieder eingesetzt, wenn es von staatlicher Seite zur Herrschaftsreproduktion notwendig schien (vgl. Anguiano 2010: 70f.). So führte der mexikanische Staat in den 1970er Jahren einen schmutzigen Krieg (*guerra sucia*) gegen ländliche Dissidenten, Aktivist/-innen und Guerilla-Gruppen in Guerrero, Veracruz oder Chiapas: Die Existenz bewaffneter Bewegungen diente der Legitimation von Zentralisierung und Verstärkung von Armee und Polizeien, aber auch dazu eine *counterinsurgency*-Logik in allen Sicherheitsapparaten einzuführen. Todesflüge wie während der Militärdiktatur in Argentinien, Verschwindenlassen und selektive Morde fanden in Mexiko etwa zur gleichen Zeit ebenfalls statt (vgl. Fiscalía Especial para Movimientos Sociales y Políticos del Pasado (FEMOSPP) 2006, Aristegui Noticias 2012b). Die Relation von Staat, Recht und Gewalt ist damit insofern eine ähnliche wie bereits für Kolumbien skizziert, als der strukturelle Rekurs auf Extralegalität immer wieder herrschaftssichernd wirkte (Poulantzas 2002: 113f.; vgl. ausführlich Pansters 2012b).

### III.2.5 Strukturveränderungen ab den 1980er Jahren – der Bruch mit dem alten Modell

Der von IWF-Strukturanpassungsprogrammen begleitete komplexe Transformationsprozess ab der Schuldenkrise 1982 umfasste nicht nur eine beschleunigte Internationalisierung, sondern einen Umbau der Wirtschaftsstruktur und der Arbeitsverhältnisse (Anguiano 2010: 153). War die PRI „vermittelndes Konsensorgan und die Achse politischer und gesellschaftlicher Kontrolle“ (Flores Pérez 2009: 85) gewesen, kann die Tatsache, dass mit diesen Einschnitten die gesellschaftliche Zustimmung nicht zusammenbrach, zum Teil mit der Existenz von Ventilen wie der massiven Emigration und Rücküberweisungen, der Schwäche der jahrzehntelang eingebundenen, kooptierten Gewerkschaften, und sozialen Aufstiegsmöglichkeiten in der illegalen Ökonomie erklärt werden. Bereits ab den 80er Jahren bot der Drogenanbau in Sinaloa und Guerrero sowohl Ausweg wie Aufstiegsmöglichkeiten für bäuerliche Familien (Maldonado Aranda 2012: 18).

Umstrukturierungen gab es auch innerhalb der herrschenden Fraktionen: Transnational orientierte Großunternehmen gewannen an wirtschaftlicher Stärke, während die Vertreter der jetzt privatisierten Staatsbetriebe an (politischer) Macht ver-



loren. Grundlegend veränderten die gestärkten Finanzkapitalgruppen die Kräfteverhältnisse besonders während der Präsidentschaft Salinas nachhaltig. Schon vor 1982 genossen finanz- und weltmarktorientierte Gruppen Privilegien (freie Währungskonvertibilität, anonymisierter Aktienbesitz, Steuererleichterungen, Investitionsgarantien) und stärkten ihre Position, doch nach 1988 setzten sich die Regierungen noch offensichtlicher zugunsten dieser kapitaltragenden Gruppen ein (Imbusch 1988: 43; vgl. Anguiano 2010: 150ff.; Imhof 2003: 103f.). Institutionell verankerten sie die Ausrichtung über die Auflösung des Planungsministeriums 1992 (das seine Aufgaben dem Finanzministerium übergab) und die verfassungsmäßige Festschreibung der Autonomie der Zentralbank 1994. Das Staatspersonal kam zunehmend aus dem Umfeld des Finanzministeriums (Heigl 2011: 140; Teichman 1995). Parteipolitisch schlug sich die „Macht der wirtschaftlichen Krisengewinner“ (Imhof 2003: 104) im Aufschwung der rechtskonservativen PAN nieder.<sup>59</sup> Diese war nun nicht mehr nur legitimatorische Opposition; die marktorientierte Politik erlaubte es Unternehmern, aus den alten Patronagesystemen hinauszutreten. Ein Drei-Parteiensystem konsolidierte sich zusehends. So bestehen zwar Elemente des PRI-Regimes fort, aber doch mit erheblichen Brüchen.

Dass der allergrößte Teil der ausländischen Investitionen hochvolatiles Portfolio-Investment ist<sup>60</sup> und die Investitionsquote im Land sank (die Zinsen blieben zwar hoch, um Kapital anzuziehen, drückten national aber das Investitionsniveau), zeigt, dass langfristige Investitionen kaum getätigt werden (Imhof 2003: 108; Moreno Brid/Ros 2009: 200). Die Art der Einbindung in den Weltmarkt wurde insofern seit den 70er Jahren grundlegend umgebaut; Anguiano (2010), Costilla (2009) oder Boris/Sterr (2002) betonen die enge Ankopplung an die US-Wirtschaft – in der die Vervollständigung von Produkten in Mexiko, viele der kapital- und technologieintensiven Prozesse aber in Zentren der Hightechindustrie der USA stattfinden, was zu praktisch symmetrischen Wachstums- und Rezessionszyklen führe.

Den vollständigen Austausch der Entwicklungsstrategien bis in die frühen 90er Jahre und die Strukturanpassungsprogramme des IWF trieb wohl kein anderes lateinamerikanisches Land so rasch und einschneidend voran – war es doch die Ansicht der inzwischen dominierenden liberalen, außenorientierten Gruppen innerhalb der PRI, protektionistische und interventionistische Politik habe die Krise erst verursacht (vgl. Moreno Brid/Ros 2009: 162). Die Legitimationsverluste des PRI-Regimes äußerten sich dagegen in der breiten Unterstützung für die Bewegung um Cuauhtémoc Cárdenas. Er trat 1988 nach der Abspaltung der *Corriente Democrática* von der PRI als Präsidentschaftskandidat eines Linksbündnisses an und wurde wohl nur aufgrund von massiver Wahlfälschung nicht Präsident. Die Wahlen 1988

59 Mehr als 80 % der im Jahr 2006 gezählten PAN-Mitglieder traten ihr erst in den 80er und 90er Jahren bei (Hernández Vicencia 2006: 657).

60 kurzfristiges Portfolio-Investment stieg zwischen 1989-93 um 8000 % (Teichman 1995).

als „Resonanzkörper“ (Rousseau 2010: 261), die Gründung der Partido de la Revolución Democrática (PRD) durch PRI-Dissidenten um Cárdenas und Straßenproteste unterstrichen die schwindende Kohäsionsfähigkeit der PRI. Entsprechend suchte die Regierung Salinas de Gortari mit sozialen Transfer-Programmen wie PRONASOL die Strukturreformen sozial abzufedern, denn es galt,

„die traditionell in der PRI eingebundene Arbeiterklasse und die Bauern durch die infolge der wirtschaftlichen Umbrüche neu entstandene soziale Schicht -- Angehörige des informellen Sektors, ländliche Lohnarbeiter und untere Mittelschicht -- zu ersetzen.“ (Imhof 2003: 104).

Bayón (2008: 152ff.) zeigt, wie informelle Arbeitsverhältnisse, die bereits seit Jahrzehnten eine Rolle für die Haushaltseinkommen spielten, zur Regel, die Einkommensverteilung ungleicher wurden. Die Einstellung vornehmlich von Frauen in Maquilas hat zum Begriff der Feminisierung von Arbeit geführt; sozialer Aufstieg über Arbeit wurde zur Ausnahme. Die Gewerkschaften gingen zwar geschwächt aus der Umstrukturierung heraus. Im Unterschied zu anderen lateinamerikanischen Ländern blieben deren korporativistisch-klientelistischen Netzwerke aber wichtige Knotenpunkte und wurden nur personell neu besetzt. Gegen unabhängig gewerkschaftlich Organisierte ging die Regierung repressiv vor, suchte diese aber auch über Verhandlungen einzubinden.

Anlagemärkte blieben so gestaltet, dass sie die ökonomische Macht begrenzt hielten (vgl. Díaz Cayeros 2012: 250). Der Zugang zur Börse blieb stark eingeschränkt, was auch für das Bankensystem gilt.<sup>61</sup> Da in vielen Industriekonglomeraten Mexikos (grupos) Finanzinstitutionen angegliedert sind, ist eine effiziente und wirksame Kreditkontrolle praktisch unmöglich (vgl. Imhof 2003: 95). Die meisten kleineren Unternehmen sind auf Familiensparnisse, Kredite von Franchisegebern oder informelle Kreditvergabenetzwerke außerhalb des institutionellen Rahmenwerks angewiesen, was zugleich ihren Zugang zu Schutzdienstleistungen erschwert: Stattdessen sind informelle Schutzzahlungen an Polizei oder kommunale Zuständige die Regel (Díaz Cayeros 2012: 246). Die Reformen ab den 1980er Jahren verschärften diese Schwäche und die Schieflage hin zu indirekten Steuern (vgl. Moreno Brid/Ros 2009: 150). Besonders die Steuerbelastung für die größeren Unternehmen des privaten Sektors und oberen Dezile der Bevölkerung, die ohnehin bei Auftrags- und Lizenzvergabe profitieren, ist gering. Gerade der Bergbausektor wird kaum besteuert; Mexiko war bislang eine Ausnahme angesichts der Tatsache, dass Bergbauunternehmen bis 2014 keine Royalties (Abgaben auf die Fördermen-

---

61 1966 gab es 66 gelistete Firmen, 1997 132 (mit Finanzinstitutionen). Neu gelistete Firmen resultierten teils aus Privatisierungen der 80er Jahre. 6 der gelisteten Firmen gehören einer Person: Carlos Slim (Díaz Cayeros 2012: 12f.).

ge), sondern Gewinnsteuern und eine einmalige Abgabe pro Hektar der Konzession zahlten (GTAI 2011).

Unter diesen Bedingungen wurde Anfang der 1990er Jahre der Nordamerikanische Freihandelsvertrag NAFTA ausgehandelt. Die Struktur des Verhandlungsprozesses mit informellen Koordinationsgremien, Senatsanhörungen und Kommissionen begünstigte die Befürworter; die heterogenen Kapitalfraktionen verhandelten praktisch selbst mit.<sup>62</sup> Nun unterstützten auch die in Subventions- und Loyalitätsbeziehungen gefangenen Mittelstandsvertretungen CONCAMIN und CANACINTRA offen den Freihandelsvertrag (vgl. Fairbrother 2007: 278–283). Der Vertrag sicherte Investitionsgarantien zu und verlagerte Elemente der Rechtsprechung über Schlichtungsverfahren auf die supranationale Ebene, ganz wie Hirsch (2005: 158f.) konstatiert: Er war die vertragliche Garantie, dass die ökonomische Ausrichtung sich einem möglichen Regierungswechsel entziehen würde (vgl. Rousseau 2010: 275). Der Vertrag kann damit als Hebel „für die Neuformierung einer Herrschaftscoalition“ gelten, „die nun vor allem die Großbourgeoisie, export- und importorientierte Teile des Handelsbürgertums, Teile der Mittelschicht sowie Spitzenbürokraten bzw. -technokraten einschließen sollte“ (Poitras/Robinson 1994:10 zit. in Boris 1996: 91). Für diese verbesserte sich der Zugang zum institutionellen Terrain wesentlich und langfristig (vgl. Heigl 2011: 143), während breite Bevölkerungssegmente diesen verloren.

Dass es trotz PRI-interner Spannungen somit ein neues „Vertrauen“ der Unternehmerschaft auf Basis des langfristigen neoliberalen Umbaus unter Salinas gab (Anguiano 2010: 150ff.), zeigen die engen strategischen Allianzen zwischen PRI und PAN; die Interessenkonvergenz zwischen Expräsidenten, Finanzsektor, Gouverneuren und Kapitalfraktionen schien bereits 1994 einen relativen herrschenden Block mit beiden Parteien zu schaffen. Doch zugleich führten Wahlrechtsreformen als Antwort auf den chiapanekischen Konflikt und die Aufgabe der Kontrolle über die Wahlaufsichtsbehörden tatsächlich zu glaubhaft größerer Pluralität und Transparenz (Aziz 2009: 22).

---

62 Zentrale Akteure mit Interesse an einer Vertiefung der Tendenzen waren transnational orientierte Großunternehmen aus Nordmexiko und Verbände wie der Nationale Zusammenschluss der Importeure und Exporteure und die kleine Gruppe CEOs der Großunternehmen (*Hombres de Negocios*): Unternehmen mit ausländischer Beteiligung erhofften sich economies of scale. Kleinere Firmen aus anderen Landesteilen spielten eine randständigere Rolle und unterlagen ohnehin häufig nicht-tarifären Handelshemmnissen, so dass Fairbrother (2007: 271f.) von Spannungen zwischen verschiedenen Unternehmerfraktionen spricht. Von der noch 1987 festgesetzten Fixierung Peso/Dollar mit einer klaren Überbewertung des Peso hatten zunächst Konsumenten der Mittelschichten profitiert, da die Importe aus den USA sich verbilligten. Im NAFTA-Verhandlungsprozess geriet die Stabilität der Währung allerdings zum Argument für die Unterzeichnung (Imhof 2003: 107).

Mit dem Parteienwechsel im Jahr 2000 weckte schließlich der Kandidat der PAN Vicente Fox, der sich auf eine Mischung aus Hoffnung auf Demokratisierung, Marketingstrategien, und die unternehmerisch geführte, nur teilweise der PAN angehörige Bewegung Amigos de Fox stützte, hohe Erwartungen (vgl. Hernández Vicencia 2006: 638ff.; Boris/Sterr 2002). Endlich schien die Durchsetzung eines demokratischen Projekts möglich; der alte Herrschaftsmodus über die Staatspartei war beendet – endlich schienen sich vielfältige Forderungen in Veränderungen in den staatlichen Apparaten und in staatliche Politik zu übersetzen. Die Hoffnungen fielen allerdings rasch in sich zusammen. PAN-intern kritisierte man, das Staatsapparat bestünde weiterhin in einer großen Anzahl Priistas und Wirtschaftsnahen (Nava Vázquez 2009: 209; Sterr 2008: 33). Andererseits verstärkte Fox (nach zunächst einem eher heterogenen Kabinett) die Position der Extremrechten in der Partei (Grupo Guanajuato), „increasingly identifying the party with a form of right-wing politics that was closely associated with anti-statist forms“ (Dawson 2011: 68). Erstarkte Gouverneure erreichten die Dezentralisierung der Ölfrenten (im Gegensatz zur Umverteilung der Staatsausgaben) (Díaz Cayros 2012: 249).<sup>63</sup> Das Abkommen von San Andrés mit der EZLN verabschiedete der Kongress schließlich in so verzerrter Form, dass letztere die Unterzeichnung verweigerten und Fox sein Versprechen, den Konflikt rasch zu „befrieden“, nicht einhalten konnte. Während Sterr (2008: 28) von einer „post-korporatistischen Stabilität“ bis 2005 spricht, deutet Pimmer (2010: 28f.) bereits die Zwischenwahlen von 2003 als Moment, in dem der Unmut über gebrochene Demokratieversprechen offen zum Ausdruck kam: Die tatsächliche Autonomie der Wahlkommission IFE endete 2003 bereits mit einer faktischen Vereinnahmung durch PAN und PRI. Die anfängliche Dialogbereitschaft der Regierung Fox mit außerparlamentarischen Akteuren endete 2006 mit extrem repressiven Vorgehensweisen gegen die flughafenkritische Bewegung in Atenco, der Niederschlagung von Protesten in Oaxaca und einer Angstkampagne gegen den PRD-Kandidaten Andrés Manuel López Obrador. Noch unter Fox begann zudem 2005 das Programm México Seguro, innerhalb dessen Militärs Teile der kommunalen Polizeien ersetzen sollen, denen Verbindungen zum Drogenhandel vorgeworfen wurden.

### III.2.6 Fazit: Staatlichkeit in Mexiko

Allgemein ist wohl der Einschätzung zuzustimmen, dass ein austarierendes System von arreglos zwischen Zentralstaat und lokalen, regionalen *Caciques* wie im Kolonialismus nach den Unabhängigkeitskämpfen weiter bestand. Bereits unter spani-

63 Angesichts dessen wirken die bereits lange präsenten Privatisierungsdiskurse und -tendenzen wie ein Anreiz zum weiteren Abbau staatlicher Versorgungsstrukturen und Investitionen (vgl. die Studie von Heigl 2009).

scher Herrschaft hatten die von Mexiko-Stadt aus eingesetzten bewaffneten Kräfte am ehesten dazu gedient, die Interessen ländlich herrschender Gruppen durchzusetzen. Etwas anders als Meyer (1977: 12, 1995: 244f.) konstatiert, wird deshalb hier mit Müller (2012: 35) von Mexiko als einem „verhandelten Staat“ ausgegangen, in dem eine spezifische Herrschaftsmodalität lokale Machtzentren besonders durch Aushandlungsprozesse integrierte und über informelle Kanäle positive Anreize wie Patronage und weitere materielle Zugeständnisse schuf.

Was dann mit der Übernahme der Regierungsgeschäfte durch die PAN für eine langsame Demokratisierung gehalten und als gesellschaftlicher Erfolg über die autoritäre Staatspartei interpretiert wurde (Aziz Nassif 2009: 27), zeigte bereits während der ersten Jahre der *alternancia* von Demokratie weit entfernte Bedingungen des Ringens um Herrschaft. Politische Projekte wurden längst an institutionellen Räume vorbei realisiert; die *arreglos* mit den korporativistischen Gewerkschaftsstrukturen übernahm die PAN von der PRI. Unzufriedenheit mit dieser Politik findet kaum ein Echo innerhalb der staatlichen Apparate (vgl. Gandarilla Salgado et al. 2012: 131ff.); die finanzmarktorientierten Fraktionen hatten sich weitgehend konsolidiert. Die Steuerbasis blieb schwach; Mexiko behielt eine der geringsten Steuerlasten in Lateinamerika um 10 % des BIP (CEPALSTAT 2013a), obwohl die Hegemonie der PRI eine relative Steuerzentralisierung als ‚Arrangement‘ zwischen nationaler und regionaler Ebene erlaubte und die Bundesstaaten fiskalisch abhängig machte (Díaz Cayeros 2006: 96). Zwar verfolgte die PRI zwischen den 1930er und 70er Jahren teilweise eine keynesianische Geldpolitik, doch die Besteuerung von Kapitalexporten, Unternehmensgewinnen und Luxusgütern blieb dauerhaft niedrig. Kapitalverkehrskontrollen gab es nicht, so dass die Kapitalflucht als politisches Druckmittel erhalten blieb (vgl. Imhof 2003: 93). Die formelle Ökonomie etablierte sich nicht als Steuerbasis. Weniger als ein Drittel der gezahlten Steuern bezog sich auf direkte Steuern, während der Hauptanteil auf Konsumsteuern (IVA) und andere indirekte Steuern entfiel. Einen Umverteilungseffekt durch Steuern gab und gibt es daher nicht (CEPALSTAT 2013a). Die Steuerflucht bzw. Steuervermeidung lag bei sehr hohen 40 bis 65 % (vgl. CEPAL 2010: 251ff.). Der Ölexport blieb vor Einkommens- und Mehrwertsteuern die größte Quelle öffentlicher Einnahmen, obwohl die anderen Wirtschaftszweige vom Öl nicht besonders abhängig seien, so Díaz Cayeros (2012: 247; vgl. Rivelos 2004: 264). Die Abhängigkeit des Staatshaushaltes von den über PEMEX generierten Einnahmen ist dagegen enorm; PEMEX trägt bisher ca. 35 % zum Haushalt bei (GTAI 2013).

Strategische Allianzen zwischen den beiden Parteien, deren Führungsebenen ohnehin ähnliche Interessen vertreten, konnten nun mit dem Vorteil getroffen werden, dass die Paradigmen aus der mexikanischen Revolution keine Differenz mehr darstellen (vgl. Nava Vázquez 2009: 209; Aziz Nassif 2009: 45; Díaz Cayeros 2012: 238). Die Personen an der Regierung änderten sich, nicht aber die „strukturelle Selektivität“ des Staates. Stattdessen stellen diverse Autor/-innen die These einer

strukturellen Kontinuität auf: Die entscheidenden Gruppen, die politische und ökonomisch herrschende Sektoren besetzen, veränderten sich nicht mit der *alternancia*, sondern bereits zuvor: Brüche, veränderte institutionelle Selektivitäten müssen wir in den Umstrukturierungen der 1980er Jahre verorten (vgl. Aziz Nassif 2009: 45; Roux 2005; Boris/Sterr 2002). Ein politisch-ökonomisches Projekt des Wandels gab es mit der PAN nicht.